

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1.10 Mark pro Monat...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Spalte...

Telegraphisch-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 17. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verfolgungstämpfe im ganzen polnischen Flußgebiete.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. August 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Ammerzweiler (nordöstlich von Dammersdorf) brach ein französischer Teilangriff vor unseren Hindernissen im Feuer zusammen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei weiteren erfolgreichen Angriffen gegen die vorgeschobenen Stellungen von Nowo wurden gestern 1730 Russen (darunter 7 Offiziere) gefangen genommen.

Der mit dem erfolgreichen Kurzer-Übergang angebahnte Durchbruch der russischen Stellungen gelang in vollem Umfang. Dem von der Durchbruchsstelle ausgehenden Druck und den auf der ganzen Front erneut einsetzenden Angriffen nachgebend, weicht der Gegner aus seinen Stellungen vom Rarow bis zum Bug. Unsere verfolgenden Truppen erreichten die Höhe von Brauski, über 5000 Gefangene fielen in unsere Hand.

Bei Nowo-Georgiewsk wurden die Verteidiger weiter auf den Fortgürtel zurückgeworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Der linke Flügel erzwang in der Nacht den Übergang über den Bug westlich von Drohiszyn.

Nachdem Mitte und rechter Flügel am gestrigen Vormittag Lofice und Miendrzhyze durchschritten hatten, stießen sie an den Abschnitten der Torzua und Klukowka (zwischen Drohiszyn und Biala) auf erneuten Widerstand; er wurde heute bei Tagesanbruch östlich von Lofice durch den Angriff schlesischer Landwehrebataillone gebrochen. Es wird verfolgt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Die Verfolgung wurde fortgesetzt: Biala und Slawatysze sind durchschritten.

Ostlich von Wlodawa bringen unsere Truppen auf dem Ostufer des Bug vor.

Oberste Heeresleitung.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 16. August. (W. L. B.) Die gestrige Mitteilung des Großen Generalstabes besagt: In der Gegend von Riga keine Veränderung. In den Richtungen Jakobstadt und Düna wurden die Kämpfe am 13. und 14. August an Heftigkeit zu. An der Front zwischen Rarow und Bug haben wir hartnäckige Angriffe der Deutschen erfolgreich zurückgewiesen. Am linken Ufer des Bug ergriff der Feind am 13. und 14. August eine kräftige Offensive gegen unsere Stellungen längs der Eisenbahn Sjedlez-Lukow. Wir hielten diese Bewegung auf, machten am 14. August 800 Deutsche und Oesterreicher zu Gefangenen und nahmen einige Maschinengewehre. In Nowo-Georgiewsk wurden die Befestigungen vom Feinde, welcher auch eine Reihe von Teilangriffen gegen verschiedene Sektoren der Festung unternahm, mit schwerem Geschütz beschossen; die Angriffe wurden allgemein zurückgewiesen. Auf dem rechten Ufer des Bug keine wesentliche Veränderung. An der Flota-Lipa, südlich von Dujunow, haben unsere Vorhuten am 13. August eine glücklich verlaufene Erkundung gegen die Deutschen unternommen, ihre Annäherungshindernisse zerstört und zwei Reihen Schützengräben weggenommen, deren Verteidiger niedergemacht wurden. Am Dnjepr fanden am 13. August und in der folgenden Nacht in der Gegend der Strypamündung und der Flota-Lipamündung Teilkämpfe statt, welche die Oesterreicher mit starkem Feuer aus Feld- und Festungsgeschützen begleiteten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In der Nacht gegenseitige Beschießung, besonders heftig im Artois, im Abschnitt bei Souchez, bei Roelincourt, in der Champagne, bei der Schanze von Beau Séjour, in Lothringen, im Gebiete von Leintrey und Reillon. Zwischen der Duse und der Aisne brachten wir nördlich von Puisseleine eine Mine zur Explosion und besetzten

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. August. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: 16. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Im Raume westlich des Bug nahm die Verfolgung der Russen raschen Fortgang. Die im Zentrum der Verbündeten vordringenden österreichisch-ungarischen Kräfte bestanden sich dem westlich Biala über die Klitawa weichenden Feind an die Fersen. Die Divisionen des Erzherzogs Josef Ferdinand gewannen abends unter Kämpfen den Raum südlich und südwestlich von Biala, überbrückten in der Nacht die Rza und überschritten sie heute früh. Feindliche Nachhuten wurden, wo sie sich stellten, angegriffen und getrieben. Die Truppen des Generals v. Kooch drängten den Gegner über die obere Klitawa zurück. In der Gegend von Biala und gegen Brest-Litowsk hin sieht man zahlreiche ausgebeutete Brände. Bei Wladimir-Wolynskij, wo wir an mehreren Stellen auf dem östlichen Bugufer festen Fuß gefaßt haben, und in Oskalitzien ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Front eröffnete gestern die feindliche schwere Artillerie nach längerer Pause wieder das Feuer gegen unsere Werke, und zwar insbesondere gegen jene am Tonalepaß und auf den Plateaus von Savarone und Bolgaria. Angriffsvorhaben italienischer Infanterie an der Tonalestraße und auf die Popena-Stellung (südlich Schlunderbach) und im Dreizinnengebiet wurden abgewiesen, ebenso scheiterten an der küstentändischen Front erneuerte Angriffe des Feindes im Gebiete südlich des Arn und ein Vorstoß gegen den vorpringenden Teil des Plateaus von Doherdo.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hüfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eines unserer Seeflugzeuge besetzte am 15. August nachmittags vier Küstenforts von Benedig mit Bomben, von denen alle mit Ausnahme einer einzigen innerhalb der Werke explodierten. Von fünf zur Verfolgung startenden feindlichen Fliegern wurden zwei beim Aufstieg durch Maschinengewehrfeuer zur Umkehr und zur Landung gezwungen. Zwei gaben die Verfolgung nach einiger Zeit auf, während der letzte feindliche Flieger unserem Flugzeug bis in die Nähe der istrianischen Küste folgte, wo er — ohne Erfolg erzielt zu haben — umkehren mußte. Unser Seeflugzeug ist trotz heftiger Beschießung durch die feindlichen Kriegsschiffe und Forts wohlbehalten eingedrückt. — Laut amtlicher italienischer Veröffentlichung ist unser U. 3 am 12. August in der südlichen Adria versenkt worden. Der zweite Offizier und ein Mann des Unterseebootes wurden gerettet und gefangen genommen.

nach heftigem Nahkampfe den Trichter. In den Argonnen Kampf mit Bomben und Petarden in Courteschauffe und Fontaine-aux-Charmes. In den Vogesen im Habengebiete explodierte eine deutsche Mine auf der Höhe 607 südlich von Duffe, ohne Verluste oder Schaden anzurichten. Eine Gruppe von 19 Flugzeugen bombardierte einen deutschen Schuppen und Niederlagen im Spadatal. 108 Bomben wurden auf die Ziele abgeworfen. Alle Flugzeuge sind unverfehrt heimgekehrt.

Paris, 16. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Der Tag war auf der ganzen Front ruhig. In den Argonnen unterbrach das Eingreifen unserer Artillerie die feindliche Beschießung in Courteschauffe und Fontaine-aux-Charmes. In dem Abschnitte von Bagatelle veranlaßte die Explosion einer Mine einen Kampf um den Besitz des Erdtrichters, der in unseren Händen blieb. Der Feind warf einige Granaten aus weiter Entfernung auf die offene Stadt Montdidier. Unsere Abwehrbatterien brachten sein Feuer zum Schweigen. Um andererseits die Beschießung von St. Dié und unseres Lagers am Bettstein (westlich vom Dingelkopf) zu beantworten, beschossen wir den Bahnhof von Markirch und das deutsche Lager von Barrenstall.

Zum Streit um das internationale Gewerkschaftsbureau.

Paris, 16. August. (W. L. B.) Die augenblicklich in Paris weilenden Delegierten der englischen Trade Unions besprachen am Sonntag mit Mitgliedern der Confederation Generale du Travail die Frage der Verlegung des internationalen Gewerkschaftsbureaus von Berlin nach Bern. Die Verlegung, welche von den französischen und englischen Gewerkschaftlern gefordert wird, wurde grundsätzlich beschlossen.

Britische Reichsfragen.

Vor einigen Tagen hat auch Bonar Law öffentlich angekündigt, was der Staatssekretär der Kolonien Steel Maitland im Unterhaus erklärt hatte: daß die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kolonien beim Friedensschluß mit zu Rate gezogen werden sollen. Hierin drückt sich die neue staatsrechtliche Entwicklung des Britischen Reiches aus, die sich vor kurzem in der Teilnahme des kanadischen Ministerpräsidenten Borden an der Sitzung des englischen Kabinetts in einem symbolisch wie tatsächlich bedeutungsvollen Akt dargestellt hat. Der Weltkrieg verläßt und beschleunigt Kräfte, die für die Weltpolitik der Zukunft noch von ganz anderer Bedeutung sind als territoriale Gewinne, die Machtpolitikern mit beschränktem Gesichtskreis als stärkste Bürgschaften nationalpolitischer Erstarbung erscheinen.

Ueber die unabsehbar folgenreichen Wandlungen, die sich — gemäß der britischen Tradition im Stillen, ohne juristische Formulierung — im staatsrechtlichen Verhältnis Großbritanniens und der Dominions durchzusetzen beginnen, gibt der Londoner Berichterstatter des „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ eine interessante Uebersicht, an die wir hier anknüpfen. Es ist noch nicht lange her, daß man die Zukunft des britischen Weltreiches nach dem Schema beurteilte, das man aus der Geschichte der amerikanischen Kolonien und der scheinbar von ähnlichen Tendenzen bewegten Politik der Dominions abgezogen hatte. Der älteren liberalen Schule mochte es als unvermeidliches Schicksal, ja als moralische Notwendigkeit erscheinen, daß die von der weißen Rasse bewohnten Kolonien, vom Mutterland auf den Weg des Fortschritts gebracht und auf ihn mit eigener Kraft voranreitend, schließlich zur völligen Loslösung und staatlichen Souveränität kommen würden. Die Selbstverwaltung schien ein Uebergangsstadium, das die Erreichung dieses Zieles vorbereitete. Indes traten gegen Ende des 19. Jahrhunderts entgegen-gesetzte Tendenzen auf. Die Kolonien selbst — vor allem Australien und Neuseeland, aber auch Kanada und die Kapkolonie — wollten von Loslösung nichts hören. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit fand etwa seit 1880 eine Erwidernng in den in England zunehmenden imperialistischen Bestrebungen, die dann in J. Chamberlain in ihren erfolgreichsten radikalen Vertreter fanden. Wohl folgte auf die extreme Politik Chamberlains in der Zeit nach dem südafrikanischen Krieg eine Reaktion, aber der Imperialismus selbst ist siegreich geblieben und hat auch die liberale Partei durchdrungen. Die Reichsidee hat gefiegt — was noch gesucht wird, sind die Formen des Zusammenlebens.

Das Problem hat zwei Seiten, die aber in Verbindung miteinander stehen. Wenn die Selbstverwaltung das unerreichbare Prinzip geworden ist, das die innere Politik der Dominions beherrscht, so ist ihre äußere Politik und die mit ihr verbundene Meer- und Flottenpolitik zu einem Gegenstand geworden, für den sich eine einverständliche Lösung mit dem Mutterland vorbereitet. Die wachsende Bedeutung der Kolonien aber drängt nach einer verfassungsmäßigen Organisation dieser Gemeinschaft. Lange Zeit war die Außenpolitik ganz in den Händen der Regierung von Westminster, die auch allein für die Reichsverteidigung verantwortlich war. Es war die Zeit, wo die Kolonien auch nichts zur Reichsverteidigung beitrugen. Dies letztere hat sich seit einigen Jahren geändert. Die Kolonien bringen Opfer für militärische Zwecke. Nun sind da zwei Richtungen zu unterscheiden. Die eine will, daß die Kolonien ihre eigene Verteidigung besorgen. Das bedeutet praktisch eine koloniale Flotte und eine koloniale Armee unter der Herrschaft der Kolonialregierung. Die Frage bleibt, ob die Reichsregierung über sie verfügen darf. Wenn ja, müssen sich die Kolonien für berechtigt halten, die Reichspolitik mitzubestimmen. Es gibt koloniale Politiker, die eine starke Zentralisation der Flottenpolitik vertreten. Dazu gehört eben Sir Robert Borden und seine konservativen Freunde, wogegen die kanadischen Liberalen unter Wilfrid Laurier den Grundsatz der völlig unabhängigen Flotte vertreten. Da die Konservativen die eine, die Liberalen die andere Kammer beherrschen, hat Kanada trotz früherer Versprechungen noch nichts für die Reichsflotte beigetragen. Australien und später auch Neuseeland haben sich für die selbständige Flottenpolitik entschieden. Südafrika liefert einen Geldbeitrag ans Reich.

Die Frage ist nicht nur strategisch — es liegt auf der Hand, daß die Kolonien zunächst ihre eigene Verteidigung sichern wollen, ehe sie sich an großen strategischen Operationen beteiligen — sondern in hohem Maße auch politisch. Die Zentralisation der Verteidigung steht im engen Zusammenhang mit den Zentralisationstendenzen in der Reichspolitik. Diese hat ihren Ausdruck in der Einsetzung der Reichs-

Konferenzen gefunden, deren erste 1907 stattgefunden hat und die jedes vierte Jahr zusammentreten sollen. Die dritte ist wegen des Krieges vertagt worden. An den Reichskonferenzen nehmen die hervorragendsten englischen Minister und die Ministerpräsidenten der Kolonien mit Selbstverwaltung teil.

Die Reichskonferenzen, worin sich die gesteigerte Macht und das Selbstbewußtsein der Dominions darstellt, sind der Boden für die weitere Entwicklung der britischen Reichsidee. Die Reichskonferenz von 1911 hat beschlossen, bei der Aufstellung von Instruktionen für die Delegierten auf der Haager Friedenskonferenz auf die Dominions Rücksicht zu nehmen und nach Möglichkeit dasselbe zu tun, wenn es sich um Instruktionen für Verhandlungen über internationale Vereinbarungen, die die Interessen der Kolonien berühren würden, handeln sollte. Allerdings hat Asquith damals auf eine Frage Booths, der wenigstens damals nicht zu den extremen Vertretern der Zentralisation gehörte, geantwortet, daß die Handlungsfreiheit — und damit die volle Verantwortlichkeit der britischen Regierung dadurch nicht beeinträchtigt werden würde — was darauf hinausläuft, daß die Stimme der Kolonien so lange, als keine konstitutionelle Änderung stattfindet, bloß beratend Natur ist. Die Frage ist, ob sich nicht die Verfassungsänderung durch die Erweiterung der Kommission für Reichsverteidigung durchsetzen kann. Dieser Kommission gehören außer dem Premierminister die Minister des Auswärtigen, der Finanzen, des Kriegs und der Marine und gewöhnlich noch einige durch ihre Persönlichkeit hervorragende Beamte an. Es würde sich also darum handeln, die genannten Minister mit Vertretern der Kolonien zusammenzusetzen und als eine eigene Reichsregierung zu konstituieren.

Wie lange es noch bis dahin dauern wird, ist schwer zu sagen. Daß aber die Linie der Entwicklung in dieser Richtung geht, ist wenigstens in der neuesten Zeit nicht zu bestreiten. Noch vor kurzem hat Borden in Kanada erklärt, daß binnen eines Lebensalters ein kanadischer Bürger in den Fragen der Bündnisse und des Krieges und Friedens für das Reich ebensoviel zu sagen haben wird wie ein englischer Bürger. Es ist richtig, daß die oppositionellen Tendenzen noch stark sind. Sir Wilfrid Laurier hat noch in der jüngsten Zeit betont, daß Kanada, wenn es aus freien Stücken am Krieg teilnimmt und große Opfer bringt, doch das Recht gehabt hätte, abseits stehen zu bleiben. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die bevorstehenden Wahlen in der südafrikanischen Union von großer Bedeutung, da sich die afrikanischen Nationalisten (Herzogisten) und ein Teil der Arbeiterpartei, die gegen die Partei Booths mit, wie es scheint, sehr günstigen Aussichten zu Felde ziehen, den Standpunkt vollständiger Selbstbestimmung vertreten. Südafrika ist denn auch — trotz der militärischen Siege Booths — der wunde Punkt des britischen Imperialismus.

Das Problem besteht also im wesentlichen darin, daß für die Kolonien, die längst zu mächtig und selbstbewußt geworden sind, um sich ihre Pflichten gegen das Reich von der Londoner Regierung vorschreiben zu lassen, die Form eines föderativen Verbandes mit dem Mutterland gefunden werden soll. Daß hierin eine außerordentliche Verstärkung der britischen Weltmacht liegen würde, ist unverkennbar, andererseits aber ist auch die Gefahr deutlich, die daraus für den demokratischen Parlamentarismus Englands erwachsen kann, da ein föderales Kabinett schwerer unter der parlamentarischen Kontrolle zu halten ist und eine von den leitenden Staatsmännern nicht nur Englands, sondern auch der Dominions bestimmte Auslandspolitik nicht mehr der Ausdruck der Ideen der britischen Parlamentsmehrheit sein könnte. Der Sieg des Imperialismus über die Demokratie, der sich nicht nur in der Bildung der Koalitionsregierung, sondern besonders in der offenbaren Zerschlagung der liberalen Partei kundgibt, wird als eine den

allgemeinen Entwicklungstendenzen des zur Vollreife gelangten Kapitalismus sichtbar. In diesem Lichte zeigt sich die Hohlheit der Vraien der Entente-Politiker, die den Weltkrieg als Konflikt irgendwelcher „Ideen“ darstellen. Die inneren und äußeren Veränderungen, die er an den Staatsgebilden vollbringt, die allgemeine Steigerung der staatlichen Organisation führt nirgendwo über die kapitalistische Welt hinaus. Der Krieg gebiert weder „Freiheit“ noch „Sozialismus“.

Für England aber bedeutet die Entwicklung der imperialistischen Verfassungsidee, mag sie bei abstrakter Betrachtung auch als Fortschritt zu einer höheren Organisationsform erscheinen, in ihrem geschichtlichen Verlauf keinen gesellschaftlichen Fortschritt, als die in innerem Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Schaffung geschlossener oder jedenfalls durch Schutzzölle schwer zugänglich gemachter Wirtschaftskreise steht. Den Preis für die Dienste, die die Kolonien der Weltmacht der englischen Kapitalisten erweisen, werden die englischen Arbeiter zu bezahlen haben in einer verteuerten und möglicherweise verschlechterten Lebenshaltung und — als weitere Folge — in der Verschlechterung der Bedingungen ihres wirtschaftlichen und sozialen Kampfes.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. August. (B. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern: Im Etschiale versuchte ein feindlicher, mit kleinkalibrigen Kanonen und Maschinengewehren bewaffneter Panzerzug einen Vorstoß gegen unsere Station Serravalle, wurde aber leicht zurückgetrieben. Kleine Angriffe gegen unsere Stellungen am Monte Maggio auf der Hochebene nordöstlich Arterio hatten dasselbe Schicksal. Im Popenatale stürmte der Feind mit starken Kräften gegen die von uns jüngst eroberten Stellungen, mußte indessen nach lebhaftem Kampfe und großen Verlusten zurückweichen. Im Sertentale wurde am 13. von den feindlichen Sperrwerken aus unser Artilleriefeuer nicht mehr ertwidert. Die Infanterie wurde daraufhin weiter vorgeschoben und rückte bis zum Abhänge des Seifosel und Croda Rossa vor. Desgleichen vermochte unsere vom Feuer unserer schweren Feldbatterien unterstützte Infanterie in der Flitschniederung und im Monte Nero Gebiet merkliche Fortschritte zu erzielen. Gegen den äußersten linken Flügel unserer Stellungen südöstlich Monfalcone wurde von einem mit leichter Artillerie bewaffneten Panzerzug ein Angriff versucht, der erfolglos blieb. gez. Cadorna.

### Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 15. August, abends. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt von der Kaukasusfront folgendes mit: Die Stadt Wan war von russischen Truppen und armenischen Banden angegriffen worden; ihre schwache Besatzung hatte die Stadt nach einem zwanzigtägigen Widerstande bei Ankunft russischer Verstärkungen geräumt. Am 11. August haben unsere Truppen die Stadt wieder besetzt; die Banden und die russischen Truppen wurden gezwungen, sich zurückzuziehen und verwüsteten bei ihrem Zurückzuge die Umgegend.

An der Dardanellenfront wiesen wir nördlich von Ari Burnu am 14. August einen Angriff des Feindes in der Ebene von Anaforta gegen unseren rechten Flügel zurück. An den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

Konstantinopel, 16. August. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

Auf der Dardanellenfront setzte der Feind, der seit dem 6. und 7. August fünf neue Divisionen gelandet hat, diese Kräfte ein, um unsere Stellungen zu beherrschen. Dank des heldenmütigen Widerstandes unserer Truppen und ihrer

Gegenangriffe, errang der Feind kein Ergebnis, trotzdem er die Hälfte dieser neuen Kräfte dabei verlor, und hält sich nur auf den Uferabhängen. Am 15. August warfen wir in der Umgebung von Anaforta einen feindlichen Angriff mit bedeutenden Verlusten für den Gegner zurück. Wir nahmen einen Hauptmann und einige Soldaten gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre sowie eine Menge Gewehre. Unsere Truppen besetzen gegenwärtig überall Stellungen, die die feindliche Stellung beherrschen.

Unsere Artillerie traf vor Ari Burnu ein feindliches Torpedoboot, das sich brennend entfernte. Bei Sedd ul Bahr brachten wir auf unserem rechten Flügel, zwei bis drei Meter vor den feindlichen Gräben entfernt, eine Mine zur Explosion, wodurch die feindliche Stellung mit ihrem Minenwerfer und Drahtverhau zusammenstürzte. Der Feind antwortete die ganze Nacht mit einer erfolglosen Vergewandlung von Munition. Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

### Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 16. August. (B. L. V.) Von der Kaukasusarmee wird gemeldet: In der Küstengegend und in der Gegend von Olty Gewehrfeuer. Im Passatale wiesen wir Angriffe der Türken während des Tages zurück und brachten ihnen große Verluste bei. In der Euphratengegend hatte eine unserer Verfolgungsabteilungen ein Gefecht zu bestehen, nach welchem sie Melagert besetzte. Im Laufe eines Tages machten wir zweihundert Gefangene. In der Richtung auf Wan hatte eine unserer Abteilungen ein Gefecht mit Kurden, schlug sie und nahm viele gefangen. An der übrigen Front keine Veränderung.

### Vom U-Bootkrieg.

Kristiania, 16. August. (B. L. V.) Der Kristianiacer Dampfer „Albes“ mit Grubenhölzern von Archangel nach England unterwegs, ist Sonnabend bei Stat torpediert worden. Die Mannschaft erhielt Zeit, in die Boote zu gehen, und lief in Ormsund ein. Das Schiff war mit 300 000 Kronen, die Ladung mit 107 000 Kronen gegen Kriegsgefahr versichert.

### Der Registrierungs-Sonntag.

London, 16. August. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gestern war der Registrierungs-Sonntag. Die ganze Bevölkerung des Vereinigten Königreichs füllte die nationalen Registrierungskarten aus, die in der letzten Woche von einer Armee Freiwilliger ausgeteilt worden waren und gestern eingefammelt wurden. Die hierfür bestimmten Beamten sahen sich allen möglichen Schwierigkeiten gegenüber, besonders bei Leuten, die in Hausbooten auf dem Kanal oder in Frachtschiffen wohnen. Für Juden waren besondere Formulare ausgegeben und jiddische Dolmetscher eingesetzt worden. Die zehntausend belgischen Flüchtlinge in Carlcourt wurden gleichfalls registriert. In einigen Fällen wurde gegen die Registrierungsbeamten Gewalt angewendet. In Birmingham wurde ein Mann zu einem Monat Zwangsarbeit verurteilt, weil er den Schutzmännern, die ihm das Formular brachte, geschlagen hatte. In Lurgan, Graffschaft Armagh, empfangen ein Mann die Polizei mit Revolvergeschüssen, verbarricadierte sich im Hause und mußte zwei Tage belagert werden. In Glasgow, wo man die Registrierung benötigte, um bei Männern im militärtauglichen Alter Stimmung für den Eintritt in die Armee zu machen, traten Hunderte im letzten Augenblicke in die Territorialarmee ein. Viele heirateten am Sonnabend, ehe sie die Registrierungsformulare ausfüllten.

### Frauendemonstration in London.

London, 16. August. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gestern fand hier eine Kundgebung von Frauen statt, in der gegen die Registrierung pro-

## Von Lublin nach Lubartow.

Von Hugo Schulz-Wien.

12. August.

Die Kämpfe, die die verbündeten Truppen zwischen Lublin und Lubartow führten, trugen durchaus nicht, wie es die Dreierbandsberichte darstellen möchten, das Gepräge eines Eindringens in Stellungen, die vom Feinde freiwillig geräumt und nur von Nachhuten hinhalten verteidigt wurden. Im Gegenteil mußte jeder, der den Kämpfen von der Nähe aus zu folgen in der Lage ist, die Ueberzeugung gewinnen, daß der sogenannte strategische Rückzug der Russen höchst unfreiwillig unter dem harten Gebot des Zwanges erfolgt. Wäre bei den Russen der Wille, sich weislich des Zug zu behaupten, erloschen, so würden sie wohl trachten, sich mit einem heftigen Auf von den nachdringenden Armeen der Verbündeten loszuwickeln, um nicht länger vom Gegner das Gefechtsfeld zu empfangen, sondern Aktionsfreiheit zu gewinnen. Bei einem strategischen Rückzug müßte der Materialabzug ins Hinterland auch bei unzulänglicher Organisation längst geglückt sein. So zeigt sich denn, daß der Widerstand der weisenden Russen zwischen Weichsel und Bug etwas ganz anderes bedeutet, als eine bloße Forderung des Rückzuges. Wer bloß seinen Rückzug bedenken will, wird es nicht immer wieder auf schwere Niederlagen und empfindliche Menschenverluste ankommen lassen. Offenbar schwankt aber die russische Führung zwischen zwei Plänen in der trügerischen Hoffnung, daß sich die Offensivkraft der Verbündeten doch erschöpfen werde und schlägt entgegen allen Kriegslehren den verkehrten Weg des Kompromisses ein. Daß sie immer auch mit dem allgemeinen Rückzug rechnet, beweist die barbarische, an die legendarischen Ueberlieferungen von 1812 anknüpfende Art, wie sie ihn vorbereiten. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie die Russen es beim Zurückgehen machen. Während der Kämpfe bei Lubartow sah ich auf russischer Seite wenigstens ein Duzend Ortschaften in Flammen aufgehen, aber nur zwei oder drei davon ständen im Feuerbereich, die anderen brannten nieder, ohne je beschossen worden zu sein.

Nach der Schlacht fuhr ich auf der Straße Lublin-Kwanogrod bis Rawo-Alexandriew an der Weichsel. Noch vor einigen Tagen war diese Straße von einer stattlichen Reihe großer Ortschaften gesäumt. Jetzt sah man an der Stelle dieser Dörfer und Kleinstädte nur noch die rauchgeschwärzten Ramine der Häuser. Das Gemäuer ist in Schutt und Asche gefallen, schier dem Erdboden gleichgemacht. Nirgends die Spur davon, daß ein Gefechtsort dort eingeschlagen hätte, dagegen zahlreiche Kennzeichen absichtlicher Brandstiftungen. Am argsten ist Rawo-Alexandriew verwüstet, das, nach den wenigen stehengebliebenen Häusern zu schließen, eine ansehnliche Stadt gewesen sein muß. Den Feldern ist zwar nichts geschehen, dagegen sind überall die bereits eingeheimsten Getreidevorräte verbrannt worden. Die Bewohner aller dieser Orte wurden hinter die russischen Linien getrieben und zum Teil sogar in das Innere des Reiches verschleppt. Besonders hat man die Juden weggeschleppt, denen sonst der Eintritt in die eigentlichen russischen Gebiete verboten war. Die Wegschleppung der polnischen Bevölkerung dagegen geschieht ziel- und planlos. Die

meisten Bauernfamilien vertriehen sich in den Wäldern oder sammelten sich in der nächsten größeren Stadt, um dann, wenn die Russen abgezogen sind, wieder auf ihre Scholle zurückzukehren und unter den Brandruinen weinend und wehlagend nach den Resten ihrer Habe herumzustochern. Zwischen Krausnik und Lublin sah ich schon einige Tage vorher ganze Wälderwanderungen von rückkehrenden Flüchtlingen, die von den Kosaken vertrieben, sich in Lublin oder in den benachbarten Wäldern verborgen gehalten und schließlicher der Erlösung durch die Verbündeten geharrt hatten. Die größeren Städte, wie Lublin oder Lubartow, sind Casen in dieser Wüste. Auch in der Barabari unkonsequent, beschränken sich die russischen Kommandanten mit ihrer Nordbrennerei nur auf den karglichen Besitz der Landbevölkerung und wagen sich an größere Orte nicht heran. Auch bei der Zerstörung der Bahnhöfe vertriehen sie bloß halbe Arbeit und gehen übrigens recht ungeschickt zu Werke, so daß es ihnen wohl gelingt, der eigenen Bevölkerung unermesslichen Schaden zuzufügen, aber nicht im mindesten, dem siegreichen Gegner Abbruch zu tun.

Die Kämpfe bei Lubartow konnte ich am 6. und 7. August als naher Augenzeuge deutlich verfolgen. Die starke russische Stellung zog sich an beiden Seiten der Bahn südlich der Station Lubartow bis an den Bieprz, dann am anderen Ufer noch weiter südlich vordringend um den bewaldeten Höhenrücken Kuska Wola herum. Der Stellung von Kuska Wola, die von sibirischen Regimentern zähe verteidigt wurde, bot die jumpfige Niederung am Bieprz und ebenso auf der anderen abgewandten Seite ein ausgedehntes Sumpfgelände sicheres Anlehnung. Die Stellung von Lubartow hatte ihren stärksten Stützpunkt auf der Kote 183, war aber auch entlang der übrigen Front ausgebaut und mit Stacheldraht geschützt. Am 6. August hatte ich meinen Standort in der Nähe des Bieprzufers und sah deutlich, wie furchtbare Eisenhagel über der Kote 183 niederging. Nicht anders erging es der Kuska Wola, auf die sich wirkungsloses Schießen der deutschen Artillerie, der sich noch einige österreichische Batterien zugesellen, konzentrierte. Von der Mittagsstunde an war die Kuska Wola demachen in Qualm und Staub gehüllt, daß man die einzelnen Granateinschläge nicht mehr unterscheiden konnte; es mußten ganze Wagonladungen von Eisen sein, die dort niederprasselten, und ich hatte den Eindruck, daß die Infanterie nach einer solchen Vorbereitung durch die Artillerie nichts mehr zu tun finden würde. Dennoch stieß die deutsche Infanterie, deren Schwarmlinien ich deutlich zum Angriff vorrücken sah, auf zähen Widerstand. Sprung auf Sprung brach sie stets vor, während die Artillerie der russischen Reserve mit einem Sperrfeuer den Weg abschneidete, aber es gelang ihr an diesem Tage nicht, in die feindliche Hauptstellung einzubrechen. Auch der Angriff auf die Kote 183, der sich meinen Augen entzog, gelangte nur bis an die Drahtverhau, und erst abends machte der Angriff der österreichischen Divisionen, die links von Bieprz vorgingen, erhebliche Fortschritte. Am 8. Uhr abends erstürmte das 19. Landwehrregiment nach hartem Kampfe, der bis zum Handgemeine gedieh, den Stützpunkt 183, und bald darauf schlugen die Salzburger, deren unerhörliche Kampfkraft sich auch hier wieder bewährte, Bresche in die Bahnstraße verriegelte Hauptstellung des Feindes, der nun bis an den Bahnhof und an den Ortstrand von Lubartow zurückgehen mußte. Am nächsten Tage schloß ich mich dem Zuge der auf Lubartow vorgehenden Reserve an und konnte so vor allem ihre in aufgelöster Ordnung so regelrecht wie beim Manöver erfolgende Vorrückung beobachten. Die eroberten russischen Stellun-

gen überschreitend, gelangte ich zum zerstörten Bahnhof, der erst eine halbe Stunde vorher erstürmt worden war. Dann über den Bahnhof hinaus bis nahe an den Ortstrand vordringend, sah ich, wie die Ansigen Besitz von Lubartow ergriffen und wie dann Scharen von Gefangenen zurückgebracht wurden. Um 2 Uhr nachmittags war der Kampf entschieden, und auch Kuska Wola wurde um diese Zeit von den Deutschen genommen. Das Ergebnis waren 6000 Gefangene und sehr blutige Verluste der Russen. Auch die Unrigen hatten den Erfolg blutig erlaufen müssen. U. a. fielen zwei Salzburger, die ohne Unterbrechung ein volles Jahr im Felde standen und bisher alle Kämpfe mitgemacht hatten.

Während meines mehrtägigen Lubliner Aufenthalts konnte ich wahrnehmen, daß die Bevölkerung in überraschend unerhöhlener Weise den Befreier vom russischen Joch ihre Sympathie kundgibt. Lublin war nämlich seit jeher ein Vorort der schärfsten polnischen Opposition gegen das Russentum, und insbesondere die Arbeiterbevölkerung bildete während der Revolution eine Kerntruppe der von der polnisch-sozialistischen Partei geleiteten Aufstandsbewegung. Auch die bürgerliche Intelligenz stellte in Lublin ein starkes Kontingent zu dieser Bewegung, und trotz brutalster Unterdrückung blieben auch nach der Revolution noch Geheimagitatorien tätig, die insbesondere lebhaft Beziehungen zur galizischen Jungschülerbewegung unterhielten und deren Mitglieder während des Krieges zum sofortigen Anschluß an die polnische Legion bereitstellten. Als die polnischen Legionäre im Gefolge der Truppen des Feldmarschall-Lieutenant Roth, dessen Stab mit Blumen überschüttet wurde, ihren Einzug hielten, brauste unendlicher Jubel durch die Stadt, und sofort stürmten zahlreich Junglinge herbei, um sich in die Legion einzureihen. Ich sah lange Züge von diesen Freiwilligen marschieren, viele bereits mit eigenen Gewehren und Legionsuniformen, die sie aus dem Bestand herbeigeholt hatten. Das Leichenbegängnis eines aus Lublin stammenden Rittmeisters der Legionskavallerie, der in unmittelbarer Nähe seiner eben befreiten Vaterstadt im Gefechte fiel, gestaltete sich zu einer großen Kundgebung. Fast die ganze Bevölkerung folgte dem Trauerzuge. Am 5. August begrüßten die Abgeordneten der Bürgerschaft, die sich in dichten Haufen um den Regierungspalast scharte, den einziehenden Armeekommandanten Erzherzog Josef Ferdinand mit Ansprachen, in denen sie den echtpolnischen Charakter der Stadt immer wieder hervorhoben. Als der Erzherzog am Nachmittag in der Krakauer Straße spazieren ging, war wieder die ganze Stadt auf den Beinen, und der Armeekommandant mußte sich durch das dichte Menschengewühl förmlich Bahn brechen. Auf dem Hauptplatz sammelten sich indes Hunderte von Menschen um die Militärkapelle, die mit guter Musik die moralische Erhebung der Stadt veranschauligte. Am 7. August hatten die Lubliner zum erstenmal das bisher ungewohnte Vergnügen, russische Gefangene in hellen Haufen durchzusehen zu sehen, und wieder gab es Sympathieumgebungen für unsere Soldaten, die die freundlichen Zurufe ebenso freundlich erwiderten. Das Menschengewimmel und das lebhaft Treiben in diesen Tagen gab der Stadt einen besonderen Reiz und ließ sie bedeutender erscheinen, als sie sonst sein mag, aber auch in ruhigen Zeiten ist Lublin eine helle, lichte und wirklich schöne Stadt, die, abgesehen vom dichtbevölkerten Judenviertel hinter dem Krakauer Tore, durchaus mitteleuropäisches Gepräge hat und dabei doch wieder ein ganz eigenes Gesicht, das sich von den Physiognomien anderer polnischer Städte, wie Petrikau und Lodz, scharf unterscheidet.

festiert wurde. Die Frauen trugen Banner mit Aufschriften wie: „Weg mit der Ausbeutung! Wenn die Frauen die Arbeit der Männer tun, müssen sie auch den Lohn der Männer erhalten!“ Frau Despart, die Schwester des Generals French, hielt eine Rede, in der sie sagte, während England das preussische System in Flandern bekämpfe, müsse man dafür sorgen, daß man nicht selbst preussisch werde und die Frauen nicht als Notbehelf benütze, indes die Männer weg seien. Sie hoffe, die Frauen würden sich nicht ohne Protest in das nationale Register einschreiben. Sylvia Pant-hurst sagte, sie werde das Register nicht ausfüllen, denn es handle sich lediglich um eine List, um billigere Arbeitskräfte zu erhalten.

### Ein neuer Bergarbeiterstreik?

London, 16. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gestern wurde in einer Anzahl von Bergarbeiterversammlungen in Südwales der Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben, daß die Ausarbeitung des neuen Lohnabkommens sich verzögere; eine Konferenz über eine abermalige Arbeitseinstellung wurde in Aussicht genommen.

### Gefängnis wegen antimilitaristischer Bemerkungen.

In Sheffield (England) wurde Genosse A. Samms, der sozialistische Armenverwalter der Stadt, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einem seiner Besuche im Lazarett unterhielt er sich mit einem verwundeten kanadischen Soldaten und sagte ihm: „Ich glaube nicht, daß es gut sei, nach Europa zu kommen, um da auf Befehl und zum Nutzen des Kapitals andere Menschen abzuschlachten.“ Der Soldat denunzierte ihn, worauf die Anklage erfolgte. Genosse Samms gab vor Gericht ohne weiteres zu, daß er im Sinne der Anklage gesprochen hatte.

### Gegen die klerikale Propaganda.

Paris, 16. August. (W. L. B.) Der „Temps“ meldet: Um den Wünschen republikanischer und sozialistischer Kreise nachzukommen, die sich darüber beschwert hatten, daß in den Spitälern und Ambulanzen katholische Propaganda betrieben werde, ließ der Kriegsminister in jedem Saal in den Spitälern und Ambulanzen einen Aufstrich anbringen, des Inhalts, daß jedem Soldaten als freiem französischen Bürger freistehe, sich zu der Religion zu bekennen, die ihm bestehe, oder außerhalb jeder Religion zu bleiben.

### Waffenlieferungen und Neutralität.

Washington, 16. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn hebt besonders hervor, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des südafrikanischen Krieges Munition an England geliefert hätten. Die Note sagt: „Trotz der kommerziellen Isolierung eines der kriegsführenden Teile hat Deutschland an Großbritannien tausende Kilogramme Explosivstoffe, Pulver, Patronen, Geschosse und Waffen verkauft. Oesterreich-Ungarn hat demselben Käufer, obwohl in geringerer Menge, ähnliche Munition verkauft.“ Die Note gibt einen Ueberblick über die Verkäufe, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des südafrikanischen Krieges mit Großbritannien abgeschlossen hätten, und erklärte: Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich geweigert hätten, Großbritannien Waffen zu verkaufen, „weil ein solches Vorgehen die strenge Neutralität der kaiserlichen und königlichen Regierung hätte verletzen können“, hätte die Regierung mit mehr Folgerichtigkeit und größerer Ueberzeugungskraft ihren gegenwärtigen Standpunkt geltend machen können.

### Amerikanische Stimmen gegen die Waffenlieferung.

New York, 16. August. (W. L. B.) (Funkentelegramm unseres Privatkorrespondenten.) Das Hearstblatt „New York American“ veröffentlicht zahlreiche Stimmen aus den Kongresskreisen usw., die die Gründung einer Liga neutraler Mächte zur Verfechtung der Rechte der Neutralen und zur Mitwirkung der Wiederherstellung des Friedens vorschlagen sowie ein Waffen- und Exportverbot befürworten. Der Leitartikel des „New York American“ appelliert an Präsident Wilson, seinen persönlichen und amtlichen Einfluß für die Beendigung der Waffenexporte aufzubieten. Das Blatt veröffentlicht eine längere Liste amerikanischer Firmen, die Kriegsaufträge von insgesamt 130 Millionen ablehnten. Eine Umfrage ergebe die wachsende Zahl jener, welche Kriegsaufträge zurückweisen, um nicht den Krieg zu verlängern.

### Kanada als Munitionslieferant.

Ottawa, 16. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlich. Die Munitionsaufträge, die für die britische Regierung in Kanada ausgeschrieben wurden und in Ausführung begriffen sind, belaufen sich auf 48 Millionen Pfund Sterling.

### Politische Uebersicht.

#### Kriegsziel-Propaganda.

Die „Freisinnige Zeitung“ berichtet: Die Berufsvereinigungen mobil zu machen, suchen jetzt die alldeutschen Kreise in der nationalliberalen Partei, um sie gegen den anderen Parteiflügel und die Regierung festzulegen. So waren am vergangenen Donnerstag im Reichstage der Leipziger, 58er und Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der Verein deutscher Kaufleute, der Technikerverband und andere wirtschaftliche und soziale Verbände in den Reichstag eingeladen, um Vorträge der Abgg. Wasserfmann und Stresemann, des Prof. Schäfer und anderer gleichgesinnter Herren über ihre Kriegsziele entgegenzunehmen. Mehrere Verbandsvertreter ließen sich zu der Aufgabe bereitfinden, in den einzelnen Städten Propaganda-Kommissionen niederzusetzen, um die öffentliche Meinung im Sinne der Herren Führer und Wasserfmann zu bearbeiten. In Aufschriften aus den beteiligten Kreisen an uns wird gegen die Dineinzerrung der unpolitischen Berufsvereine in politische Streitfragen Verwahrung eingelegt.

#### Gegen die Lebensmittelsteuerung

haben der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Reichsverband deutscher Konsumvereine, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, der Verband der katholischen Arbeiter Westdeutschlands und derjenige Süddeutschlands eine gemeinschaftliche Eingabe an den Bundesrat, den Reichstag,

den Reichskanzler, das Große Hauptquartier usw. gerichtet. Die Preissteigerung betrage bei den Hauptnahrungsmitteln 100 bis 300 Proz. Im einzelnen werden gefordert: Höchstpreise für Brot und Mehl; die Spannung zwischen Getreidepreis müsse um wenigstens 40 M. die Tonne ermäßigt werden, was eine Brotpreisermäßigung von 6-7 Pf. das Kilo ermögliche. Für Kartoffeln wird ein System von Höchstpreisen verlangt, das den Verkauf für 3,25 bis 3,75 M. im Kleinhandel ermögliche. Auch für Gerstengraupen (25 Pf.), für Malzkaffee (40 Pf.), für Feigwaren (35 Pf.), für gelbe Erbsen (32-35 Pf.), für Butter (1,50 M. das Pfund) werden gefordert. In der Eingabe heißt es, sie hätte sich auf das Notwendigste beschränkt.

### Zeichen der Zeit.

Eine starke Unruhe über die Teuerung macht sich in der katholischen Arbeiterpresse bemerkbar. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in M. Gladbach ist in letzter Zeit deshalb von der Zensur stark mitgenommen worden. Auch ihre jüngste Nummer 33 zeigt große weiße Stellen in einem Aufsatz, wo es unter anderem heißt:

„In der Tat: Wir glauben, daß es weder Sinn noch Zweck hat, irgendwie verheimlichen zu wollen, was unangehörig ist, was unüberwindlich die Lebenslage (hier ist ein Wort von der Zensur gestrichen) erschwert, was anders sein kann. . . So lämen wir hin, wenn das gläubige Vertrauen auf Staatsregierung und Behörden durch eine unkluge Vertuschungspolitik leiden würden? Den Kopf in den Sand stecken, war allezeit Politik mit ungenügenden Mitteln gewesen und wird es bleiben.“

Das „Kölnische Tageblatt“ (Nr. 461) veröffentlicht unter anderem folgende Klagen aus dem Felde:

„Ja, es ist traurig, sehr traurig, wenn man sieht, wie die Belgier trotz der Besetzung von unserer Seite aus viel billiger leben, als unsere lieben Frauen und Kinder zu Hause. Uns scheint es, daß die zu Hause Gebliebenen in diesem Kriege ein Geschäft machen wollen, froh sollten sie sein, daß unter liebes Vaterland von den Schrecken des Krieges verschont geblieben ist. Wie wäre es wohl, oder was würden die Bucherer wohl sagen, wenn der Feind nach dort gekommen wäre und ihnen ihre Existenz zerrümmert hätte. Es ist doch hier für uns in Feindesland nichts Leichtes, wenn man hier erfährt oder lesen muß, daß unsere Lieben zu Hause alles so teuer bezahlen müssen, während wir hier in treuer Pflichterfüllung schon über ein Jahr mitarbeiten, den Feind vom heimathlichen Herd fernzuhalten. Fast täglich hört man nur Klagen hier von der Teuerung zu Hause und mancher Familienvater, der wirklich ein Herz für seine Lieben hat, denkt mit Sorgen an die Seinigen.“

### Mahnahmen gegen Indiskretionen.

Das Pressebureau schreibt: Der Seniorenpresident des Reichstags wird sich in seiner Sitzung am Mittwoch, den 18. August, mit der Frage zu befassen haben, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um zu verhüten, daß aus vertraulichen Verhandlungen Berichte in die Öffentlichkeit kommen. Den Anlaß zu diesem Vorgehen bot ein in der „Berliner Tagwacht“ erschienener Artikel, der eine Reihe von Mitteilungen über eine vertrauliche Sitzung der Budgetkommission, in der Angelegenheiten militärischer Natur verhandelt wurden, enthielt. Daß derartige Indiskretionen von keiner Seite gebilligt werden, steht fest.

### Das Ergebnis der Viehzählung von 1914.

Eine Viehzählung wurde am 1. Dezember 1914 für das ganze Reich vorgenommen. Das Ergebnis dieser Zählung wird jetzt, soweit Preußen in Betracht kommt, veröffentlicht. Danach ergibt sich gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1918 eine Abnahme der viehhaltenden Haushaltungen um über 200 000, nämlich von 3 486 941 auf 3 284 518. Am stärksten ist der Rückgang in den Städten mit 6,7 Proz., es folgen die Gutsbezirke mit 5,9 Proz. und endlich die Landgemeinden mit 5,8 Proz. Der Pferdebestand hat infolge des Krieges naturgemäß stark abgenommen; immerhin waren in Preußen noch etwa 2 1/2 Millionen Pferde vom Militärdienst verschont geblieben. Der Rinderbestand hat gegenüber 1918 um fast 428 000 Stück zugenommen; die Zahl der Rinder betrug 1914 fast 18 Millionen. Der Schweinebestand ist von 18,1 Millionen auf 17,7 Millionen zurückgegangen. Der Bestand an Schafen und Ziegen ging ebenfalls zurück; vorhanden waren am 1. Dezember 1914 3 735 000 Schafe und 2 165 000 Ziegen.

### Parlamentarische Besichtigungsreise nach Ostpreußen.

Die Reise der preussischen Landtagsabgeordneten nach Ostpreußen findet vom 25. bis 28. August statt. Die Reise geht nach Mitteilung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ von Allenstein aus. — Für die sozialdemokratische Fraktion nimmt Abg. Girsch (Berlin) an der Reise teil.

### Militärdienst und Parlamentsmandat in der Schweiz.

Die „Berliner Tagwacht“ teilt mit, daß Genosse Nationalrat Dr. Fritz Studer gegenwärtig Militärdienst tut und daß ihm gelegentlich der letzten Session der Bundesratsversammlung der Urlaub zur Teilnahme an der Tagung des Parlaments verweigert worden sei. Das Berner Blatt schreibt:

„Genosse Studer hatte seinem Obersten ein Urlaubsgesuch für die Dauer der Parlamentssession eingereicht. Der Oberst leitete das Gesuch in empfehlendem Sinne an das Divisionskommando weiter. Der Divisionskommandant, Oberst de Loys, aber lehnte das Gesuch ab. Studer durfte nicht nach Bern reisen und dort das ihm vom Volk übertragene Mandat ausüben.“

Diese Verweigerung des Urlaubsgesuches eines Nationalrates, der seiner parlamentarischen Pflicht genügen will, ist ein unerhörter Skandal. Es wäre nicht einmal in einem kriegführenden Staate möglich. In Deutschland, in Frankreich, ja sogar in Rußland erhalten die Abgeordneten nicht nur für die Dauer der Parliaments-tagungen Urlaub, man gewährt ihnen auch freie Fahrt und sonstige Erleichterungen. Genosse Liebmacht beispielsweise konnte schon vor der Eröffnung des Reichstages von der Ostfront nach Berlin fahren, um sich an den parlamentarischen Vorberatungen zu beteiligen. In der Schweiz, in einem demokratischen Lande, macht sich die Militär-gewalt das Recht an, vom Volk gewählte Vertreter in der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten zu hindern und weist das Urlaubsgesuch eines Nationalrats höhnisch ab!

Wir nehmen an, daß dieser unerhörte Fall, den sich kein demokratisches Staatswesen gefallen lassen kann, zu weiteren Erörterungen im Parlament Anlaß geben wird. . . .“

### Amerikanische Truppen gegen Mexiko.

Washington, 16. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsdepartement hat wegen der Unruhen an der mexikanischen Grenze auf Ersuchen des Ge-

nerals Funston ein Regiment Infanterie, ein Flugzeug, eine Batterie 12-Zentimeter-Geschütze und Mörser nach Brownsville in Texas geschickt.

### Die vergessenen Mütter.

Mit warmen Worten mahnt der von J. E. Fehren v. Grothuß herausgegebene „Fürmer“ (Stuttgart, Greiner u. Pfeiffer) in seinem toeben erschienenen zweiten Augustheft unser Volk an eine Pflicht, die es bisher in seinem großen Fürsorgewerk für die vom Kriege Heimgekehrten vergessen hat. Denn selbst in der denkwürdigen Reichstagsitzung vom 16. und 17. April wurde mit keinem Wort der Mütter gedacht, deren Söhne gefallen sind und die vielfach schlimmer daran sind, als Frau und Kinder, weil ihnen nicht selten im Sohn ihre einzige Lebensstütze und ihre ganze Lebenshoffnung entziffen worden ist. Es ist darum sehr nötig, daß auch auf die Mütter hingewiesen wird und auch ihr Los in Betracht gezogen und nach Möglichkeit erleichtert wird. Die Zahl dieser Mütter ist außerdem weitaus größer, als die der Witwen. Im Jahr 1910 kamen auf eine Bevölkerung von 65 Millionen Deutschen 2,8 Millionen Witwen. Selbst wenn der Krieg diese Zahl um 100 000 Menschen vermehren würde, was nach den jetzigen statistischen Feststellungen noch zu hoch gegriffen ist, so wird diese Zahl ganz bedeutend überschritten durch die Zahl der Mütter, die durch den Krieg ihre Söhne verloren, denn es stehen ungefähr viermal soviel unverheiratete den verheirateten Gesallenen gegenüber. Wir hatten unter den 2 1/2 Millionen Witwen nach der Volkszählung circa 300 000, die unter 50 Jahre alt waren, also über 2 Millionen ältere Frauen. Von den Witwen der Volkszählung wurden 400 000 von Angehörigen unterhalten, und man darf annehmen, daß die Mehrzahl dieser Erhalter der Witwen „die Söhne“ waren. Auch bei den 900 000 Witwen, die von Pensionen, Renten und Zuzügen von Familienmitgliedern leben, werden wieder die Söhne hauptsächlich in Betracht kommen für die Beihilfen. Man sieht daraus, daß die Hinterbliebenenfürsorge für die Mütter eine viel umfassendere sein muß, als für die Witwen. Aus diesen Zahlen sieht uns eine große Mütternot an. Wer hilft da? Die Versorgung dieser älteren Frauen ist um so schwieriger, da meistens der eigene Erwerb durch Alter und Verbrauchsein durch das Leben ausgeschlossen sein wird. Diesen Tatsachen gegenüber scheint das Kriegsgeld, das für Wehrmänner höchstens 250 M. beträgt und für die eines Offiziers 450 M., sehr unzulänglich. Besonders kommt aber noch eines in Betracht, daß die Auszahlung des Kriegsgeldes nur dann geschieht, zulässig ist (nach § 22), wenn der Verstorbene den Lebensunterhalt des Antragstellers vor Eintritt in das Heer oder nach seiner Entlassung aus diesem, zur Zeit dieses Krieges oder bis zu seiner letzten Krankheit ganz oder überwiegend bestritten hat. Dieser Paragraph scheidet eine ganze große Zahl Mütter überhaupt davon aus, Kriegsgeld bewilligt zu bekommen. Es sind das alle die Mütter, die oft unter größter Selbstaufopferung und unter Eingabe eines Kapitals, das ihren Lebensabend hätte von Sorgen befreien können, die Ausbildung der Söhne für einen Beruf ermöglichten, unter der Voraussetzung, daß diese Söhne später für ihren Lebensunterhalt weiterzuforgen in der Lage wären, sobald sie, dank ihrer guten Ausbildung, eine gut bezahlte Stellung erreicht hätten. In allen Fällen, wo die Mütter so handelten, und es sind ihrer sehr viele, stehen sie heute hilflos und unterjocht einem trostlosen Alter gegenüber. Sie müssen neben dem herben Schmerz um den Verlust ihres Sohnes auch noch die bittere Sorge tragen, wie sie ihr Leben fristen wollen. Hier besteht eine klaffende Lücke in der Gesegehung, die noch ausgefüllt werden muß und hoffentlich auch ausgefüllt werden wird. —

Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die Mütter seiner Helden nicht zu vergessen und denen, die ihr Bestes dem Vaterlande opferten, den Lebensabend frei von schwerster wirtschaftlicher Not zu gestalten.

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Freilassung von Kriegsgefangenen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden Aufruf:

Von den deutschen Gefangenen in England, Frankreich und Rußland, deren Freilassung auf Grund der mit den Regierungen dieser Länder getroffenen Vereinbarungen gemäß besonderem Antrage von Angehörigen und Freunden auf diplomatischem Wege betrieben wurde, ist eine Anzahl aus der Gefangenschaft entlassen worden, ohne daß den beteiligten deutschen Amtsstellen davon Nachricht gegeben worden ist. Damit unnötige weitere Schritte für die bereits freigelassenen unterbleiben und eine wirksame Verwendung für die noch Festgehaltenen eintreten kann, ist es notwendig, daß die Antragsteller unverzüglich der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin, Am Karlsbad 9/10, anzeigen, wenn ihr Befreiungsantrag seine Erledigung gefunden hat. Dabei sind die freigelassenen Personen, ihre neuen Adressen und der letzte Ort ihrer Gefangenschaft genau zu bezeichnen. Erwünscht ist auch eine kurze Mitteilung über den Hergang der Freilassung.

### Letzte Nachrichten.

#### Gemüse nach Gewicht.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Zur klaren Regelung der Preise im Kleinhandel mit Gemüse hat der Herr Oberbefehlshaber in den Marken auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg bestimmt: Folgende Gemüsearten:

1. Rotkohl,
2. Weißkohl,
3. Dirsingkohl,
4. Kohlrabi,
5. grüne, frische Gurken,
6. Mohrrüben

dürfen im Kleinhandel vom 18. August 1915 ab nur nach Gewicht, nicht mehr nach der Stückzahl verkauft werden.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 M., im Unbarmögensfalle mit Haft bestraft.

#### Der Kampf um Kowno.

London, 16. August. (Z. U.) Der Daily Telegraph veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ein Titanenkampf“ folgende Depesche aus Petersburg: Mit ungeheurer Wucht und ununterbrochen stürmten die Deutschen gegen Kowno an. Der Feind weiß, daß der Besitz der Stadt ihm die größte, vielleicht einzige Aussicht bietet, die Neugruppierung der russischen Heere, die nach dem Weichselrückzug notwendig wurde, ernsthaft zu gefährden. Nachdem die Festung mit einem Höllefeuer aus Geschossen aller Kaliber überschüttet wurde, erfolgten die rücksichtslos durchgeführten Infanterieangriffe, durch die es den Deutschen schließlich gelang, sich der Außenforts zu bemächtigen und sich dem inneren Befestigungsgürtel auf wenige englische Meilen zu nähern. In offiziellen Kreisen ist man vorsichtig mit Äußerungen über den Ausgang der gigantischen Schlacht. Man weist darauf hin, daß jede Minute, die Kowno sich hält, für den Feind jedenfalls einen Verlust bedeutet und ist der Ansicht, daß ein Unterliegen Kownos durch die großen materiellen Verluste des Feindes ausgeglichen werden würde.

# Gewerkschaftliches.

## Die Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, namentlich das Anwachsen der freien Gewerkschaften, hat die Unternehmer angespornt, ebenfalls ihre Organisationen auszubauen. Und ohne Rücksicht zu nehmen auf die religiöse und politische Anschauung des einzelnen, ist es ihnen denn auch in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, sowohl die Großindustriellen als auch die mittleren und kleinen Unternehmer zu großen weitverzweigten Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften zusammenzuschließen.

Eine Uebersicht über den Stand und die Entwicklung der Arbeitgeberverbände im Deutschen Reich gibt das dieser Tage erschienene 11. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatte. Danach betrug im letzten Jahr fünf die Zahl der

zu An- fang	Verbands- insgesamt	Reichs- verbände	Bezirks- verbände	Orts- verbände	erhalten Mitglieder	beschäftigten Arbeiter
1910	2613	84	474	2055	115 095	3 854 680
1911	2928	93	474	2361	127 424	4 027 440
1912	3085	103	461	2521	132 485	4 378 275
1913	3431	111	511	2909	145 207	4 641 361
1914	3870	121	509	3040	167 673	4 841 217

In unzweifelhafter Weise wird hier gezeigt, wie die Arbeitgeberverbände im Wachsen begriffen sind. Während zu Anfang 1910 2613 Verbände mit 115 095 Mitgliedern vorhanden waren, bestanden zu Anfang 1914 schon 3670 solche Vereinigungen mit 167 673 organisierten Arbeitgebern. Das ist innerhalb fünf Jahren eine Zunahme von 1057 Verbänden und 52 578 Mitgliedern. In dem gleichen Maße hat sich auch, wie die Tabelle weiter zeigt, die Zahl der beschäftigten Arbeiter gesteigert.

Wie sich die Verbände und Mitglieder auf die einzelnen Berufsgruppen verteilen, veranschaulicht folgende Aufstellung. Zu Anfang des Jahres 1914 wurden gezählt:

Berufsgruppe	Verbände	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft usw.	54	4 497	61 342
Bergbau und Hüttenwesen	10	240	820 433
Industrie der Steine und Erden	120	4 620	284 876
Metall- und Maschinenindustrie	383	16 374	953 693
Chemische Industrie usw.	4	103	24 467
Textilindustrie	99	2 778	502 690
Papierindustrie	49	1 188	57 504
Leberindustrie usw.	80	3 820	22 571
Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	310	9 734	86 402
Nahrungs- u. Genussmittelind.	172	14 951	192 337
Bekleidungsindustrie	256	12 684	222 888
Reinigungsindustrie	53	1 523	38 523
Baugewerbe	1 495	48 065	516 409
Poligraphische Gewerbe	190	5 030	72 282
Handels- und Transportgewerbe	167	7 704	105 781
Gast- und Schankwirtschaft	19	14 655	19 250
Freie Berufe	103	531	25 000
Gemischte Verbände	137	19 226	1 181 810
Zusammen:	3 670	167 673	4 841 217

Die meisten Verbände wie Arbeitgeber wurden hiernach zu Anfang 1914 im Baugewerbe ermittelt. Erst in weiterem Abstand folgen nach der Mitgliederzahl die Metallindustrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und die Bekleidungsindustrie. Zieht man jedoch die berufliche Verbreitung in Betracht, was aus den Zahlen der Beschäftigten hervorgeht, so steht, abgesehen von den gemischten Verbänden, die Metallindustrie an erster Stelle. Ueber je 1/2 Million Arbeiter werden noch von den organisierten Arbeitgebern beschäftigt in der Gruppe Bergbau und Hüttenwesen, im Baugewerbe und in der Textilindustrie.

Gegenüber dem Jahre 1913 ist in der Mitgliederzahl ein Rückgang eingetreten in der Gruppe Landwirtschaft usw., ferner im Bergbau und Hüttenwesen, in der Textilindustrie, im Bau- sowie Poligraphischen Gewerbe und in den freien Berufen. Die Zahl der Beschäftigten dagegen hat sich vermindert in der Papier-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, weiter im Bau- und Poligraphischen Gewerbe sowie im Handels- und Verkehrsweisen. In allen übrigen Berufsgruppen ist im Jahre 1914 die Zahl der Mitglieder und Arbeiter höher als im Jahre vorher.

Diese Nachentwicklung der Unternehmerverbände ist eine ernste und eindringliche Mahnung an die Arbeiter. Mit vermehrter Kraft sollten sie jetzt an dem Ausbau ihrer Organisation mitarbeiten, um jederzeit wohlgerüstet dazustehen.

### Berlin und Umgegend.

Die in den Propellerwerken beschäftigten Tischler nahmen am Sonntag Stellung zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Propellerwerken. Wie der Obmann mitteilte, handelt es sich in der Hauptsache um eine einheitliche Regelung. Zurzeit besteht eine solche nicht, vielmehr herrschen in den einzelnen Betrieben die ungleichartigsten Zustände. Da die Herstellung von Propellern sich immer mehr zu einem bedeutenden Industriezweig entwickelt, so gilt es, schon jetzt auf geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Solche bestehen zurzeit, wie gesagt, noch nicht, vielmehr hat jeder Betrieb seine eigenen Preise und Arbeitsbedingungen. So ist die Bezahlung der Ueberstunden auch eine ganz willkürliche, ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist. Ueberstunden sollen überhaupt nur im äußersten Notfalle gemacht werden. Es könnten in dieser Branche um so eher befriedigende Verhältnisse herrschen, als die Betriebsverwaltung den Lieferanten von Flugzeugen durchaus gute Preise zahlt.

Es wird in der Branche teils in Lohn, teils in Akkord gearbeitet. Durch Umfrage wird jetzt eine Aufstellung über die Löhne und Arbeitsstunden gemacht, die eine Unterlage für weitere Maßnahmen bieten soll.

### Deutsches Reich.

#### Der Arbeitsmarkt nach Friedensschluss.

Im Auftrage des Rates zu Dresden hat das Dresdener Gewerkschaftsrat die Vorarbeiten für Maßnahmen zur Behebung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der nach dem Friedensschluss zu befürchtenden Arbeitslosigkeit unterbreitet, die das allgemeine Interesse beanspruchen. Die Vorschläge enthalten folgende bemerkenswerte Anregungen:

Die Kommunalverwaltungen und die Interessentenvereinigungen der Arbeitgeber haben ihren Einfluss bei der Regierung und der Gesetzgebung dahin geltend zu machen, daß durch eine Aenderung der bis zum Kriege hochgehaltenen Wirtschaftspolitik Zufahren vom Ausland auch für Deutschland leichter ermöglicht werden. Nach dem Kriege im Verordnungswege Zollfreiheit für die von der deutschen Industrie benötigten Rohprodukte und neben diesen für Nahrungs- und Futtermittel so lange zu gewähren, bis durch das geordnete Verfahren durch die Gesetzgebung eine Aenderung der

Wirtschaftspolitik eintritt, ist geeignet, helfend zu wirken und den Arbeitsmarkt zu beleben.

Um trotz den zunächst knappen Rohmaterialien möglichst allen Arbeitssuchenden Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben, ist die Arbeitszeit für alle Beschäftigten in Privat- und öffentlichen Betrieben derart festzusetzen, daß durch eine reduzierte Arbeitsstundenzahl die Masse der Arbeitslosen auch dadurch gemindert wird.

In der Landwirtschaft wird wegen des Fehlens der Wanderarbeiter die Möglichkeit zur Einstellung von Arbeitskräften gegeben sein. Soll der Zufuhr hochqualifizierter tüchtiger Arbeiter und Arbeiterinnen für die Landwirtschaft gefördert werden, so müssen die Besondereordnungen beseitigt und das sogenannte Gesinde inbezug auf sein Arbeitsverhältnis den Bestimmungen des Bürgerl. Gesetzbuches, Titel 6, unterstellt werden.

Das Baugewerbe wird für absehbare Zeit die geringste Beschäftigungsmöglichkeit haben. Die bereits als notwendig bezeichneten und beschlossenen Bauprojekte müssen schon jetzt technisch vorbereitet werden, daß nach dem Zurückfluten der Bauarbeiternmassen unmittelbar mit der Arbeit begonnen werden kann. Für die Stadt Dresden wären in Betracht kommen: Die Projekte der fünften Elbbrücke, des Hygiene-Museums, des Erweiterungsbaues der königlichen Galerien usw. Der Privatwohnungsbau wird gefördert, wenn die Bestimmungen der Wohnungsordnung nach dem Kriege in allen Beziehungen einzuhalten sind. Soll nicht wieder wie in den Jahren 1910 bis 1914 eine Wohnungsnot eintreten, so muß jetzt schon Vorbereitung für Flüssigmachung von Mitteln für Einrichtung von Kleinwohnungsbaueinrichtungen getroffen werden.

Für Straßen- und Tiefbauarbeiten sind dem Tiefbauamt etatsmäßig die Mittel zur Verfügung zu stellen, die auch in den letzten Jahren gebraucht wurden. Die Kommunalverwaltungen haben bei den Straßen- und Wasserbauinspektionen vorstellig zu werden, daß mit Rücksicht auf den nach dem Kriege zweifellos zunehmenden automobilen Verkehr die Pflasterung der städtischen Straßen und Chauffeen im Interesse des Hofbaubestandes, des Feld- und Waldbestandes und der Volksgesundheit zu beschleunigen ist. Durch die dazu notwendige Steinbeschaffung wird auch für viele Gebiete des engeren und weiteren Vaterlandes Arbeitsgelegenheit geschaffen. Die Anregung für ein größeres Projekt für die Stadt Dresden eventuell für den Staat mag etwaig erscheinen. Aber trotzdem wäre jetzt zur Vorsehung der Anlage eines neuen Hafens für die Dresdener Industrie und den Dresdener Handel die geeignetste Zeit. Der König-Albert-Hafen ist derart belastet, daß der zunehmende Verkehr in wieder normal werdenden Zeiten dort nicht mehr verstant werden kann. Im Südosten Dresdens ist ein geeignetes Gelände zur Anlage eines neuen Hafens in geradezu idealer Weise zurzeit noch vorhanden. Die Ausführung dieses Projektes bedeutet eine gute Kapitalanlage und wird von jedem Kommunal- und Verkehrsminister befürwortet werden, schon mit Rücksicht auf die Belebung der Industrieanlagen und der zu erwartenden Einnahmen, die eine reichliche Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals versprechen.

Wird durch Beachtung und Ausführung der hier summarisch niedergelegten Wünsche und Vorschläge für die bei Ausführung solcher Arbeiten beteiligten Industrien, Gewerbe und Arbeiter Arbeitsgelegenheit geschaffen, dann wird auch für die hier nicht näher bezeichneten Berufe eine Belebung des Beschäftigungsgrades eintreten, weil die Erfahrung immer gelehrt hat, daß bei prosperierender Bautätigkeit die Ausstrahlung der Vorteile nach allen Seiten geht. — Was durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit nicht erreicht werden kann, muß durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung oder durch ihren Ausbau nachgeholt werden. Praktische Ansätze dazu sind während des Krieges, also in einer Zeit wirtschaftlicher Not, auch für die Kommunen gemacht, wieviel mehr muß es möglich sein, in normal werdenden Zeiten diese Staatspflichten kommunal auf ihre Durchführbarkeit zu beweisen.

### Organisationsvertreter in Belegschaftsversammlungen.

Im Juidauer und Luga-Ordnungsbereich wurde durch eine Verordnung vom 26. Mai 1915 bekannt gegeben, daß Belegschaftsversammlungen nur zugelassen würden, wenn dieselben vom Arbeiterausschuß unter Beschränkung auf die Belegschaft eines Werkes einberufen würden. Durch diese Beschränkung war den Organisationsvertretern eine Fühlungnahme mit den Belegschaften so gut wie abgeschnitten. Der Bergarbeiterverband und der christlichen Gewerkschaften wandten sich nun mit einer Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des 19. Armee-Korps in Leipzig, worauf die folgende Antwort einging:

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands  
s. Hd. des Herrn Konstantin Krause  
in Luga.

Auf Ihr Schreiben vom 14. 6. 1915 wird Ihnen mitgeteilt, daß das stellv. Generalkommando in Uebereinstimmung mit dem königlichen Ministerium des Innern beschlossen hat, Vertreter der Arbeiterorganisationen versuchsweise zu den jetzt schon erlaubten, vom Arbeiterausschuß mit Beschränkung auf die Belegschaft des Werkes einberufenen Versammlungen zuzulassen. Doch wird diese Zulassung nicht allgemein ausgesprochen, sondern sie ist von Fall zu Fall bei der betreffenden Amtshauptmannschaft bezw. beim Polizeiamt Juidau einzuholen. Das Nähere über das einzuschlagende Verfahren und die Einhaltung gewisser Bedingungen ist von der Amtshauptmannschaft herbeizuführen. Der kommandierende General  
von Schweinitz.

Versuchsweise und von Fall zu Fall können nun also die Luga-Ordnungsbereich ihre Versammlungen und Wünsche in Belegschaftsversammlungen auch zur Kenntnis ihrer Organisationsvertreter bringen.

### Ausland.

#### Ein neuer Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter in der Schweiz.

Der neue Verband ist an die Stelle der bisherigen Verbände getreten. Der „Proletarier“ und der „Handels- und Transportarbeiter“, die Präorgane der beiden eingegangenen Verbände, werden durch die neue „Solidarität“ ersetzt. Der Vorort des neuen Verbandes ist Zürich, wo auch die beiden alten Verbände ihren Sitz hatten.

## Aus der Partei.

### Einstellung der Berichterstattung.

In der gleichen Situation wie das „Volkswort“ in Halle befindet sich die Redaktion der „Erfener Arbeiterzeitung“ schon seit geraumer Zeit, soweit es sich um die Mitteilung von Beschlüssen der Parteifunktionen handelt. Dies hat auch unserem Erfener Parteiblatt Veranlassung gegeben, die gesamte Berichterstattung über die Parteiarbeitsfunktion einzustellen, da es sich durch einseitige Berichterstattung nicht in falsche Beurteilung bringen wil.

## Soziales.

### Bundesratsverordnungen.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, die sich auf die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung bezieht, sowie eine Bekanntmachung betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien.

Die erste Verordnung lautet:  
§ 1. Soweit die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer oder anderer Arbeitgeber sowie der Versicherigen bei Versicherungs-

behörden und Versicherungsträgern vor dem 31. Dezember 1916 abläuft, wird sie bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu wählenden Vertreter ihr Amt antreten, jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1916 verlängert. Dies gilt auch für die erst auf Grund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung gewählten Vertreter sowie für die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter.

§ 2. Die Vorschriften der § 50 Abs. 2, § 76 Satz 1, § 95, § 1350 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung über die Berufung von Vertretern durch die Vorstehenden von Versicherungsbehörden gelten auch für die Ergänzung einer nicht mehr ausreichenden Zahl der gewählten Vertreter. Für die Sonderausfälle werden in solchen Fällen die Vertreter von der Aufsichtsbehörde berufen. Etwa fehlende Vertreter der Versicherten für die Unfallversicherung werden von der Aufsichtsbehörde der beteiligten Berufsgenossenschaften berufen.

Die Bekanntmachung betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien geht dahin:

§ 1. In gewerblichen Betrieben, in denen Gespinne, Gewebe, Wirkstoffe oder Wirkwaren aus Baumwolle, Wolle, Kunstwolle, Flach, Jute oder Hanf hergestellt werden, dürfen Arbeiter nur an höchstens 5 Tagen in jeder Woche beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit darf nicht über die im Juni 1915 üblich gewesene durchschnittliche Dauer verlängert werden. In keinem Falle darf sie 10 Stunden einschließlich der Pausen überschreiten.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, eine weitergehende Beschränkung der Arbeitstage und der täglichen Arbeitszeit anzuordnen.

§ 2. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können auf Antrag Ausnahmen, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, zulassen.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten werden Gewerbetreibende bestraft, die den Vorschriften dieser Verordnung oder den auf Grund des § 1 Abs. 2 erlassenen Anordnungen der Landeszentralbehörden zuwiderhandeln.

### Verstöße gegen den Tarif der Militärschneider.

In letzter Zeit haben wir mehrmals mitgeteilt, daß Militärschneider, die weniger als den Tariflohn bekamen, beim Gewerbegericht auf Nachzahlung des an dem Tariflohn fehlenden Betrages klagten, aber mit ihrer Klage abgewiesen wurden, weil zwischen den Klägern und ihren Arbeitgebern eine Vereinbarung auf einen geringeren als den Tariflohn zustande gekommen war. Auch bei der für den Schneiberberuf zuständigen Kammer 1 des Gewerbegerichts kommen derartige Klagen vor und werden ebenfalls abgewiesen. Am Montag geschah das in zwei Fällen.

Es handelte sich um Militärschneider, für welche die Kläger geringere Stücklöhne bekommen hatten, als die in dem unter Privierung des Kriegsbekleidungsamts für das Gardelohns abgehandelten Tarif für Militärschneider festgelegten Lohnsätze. Die Kläger hatten hochenslang zu den niedrigen Lohnsätzen als Heimarbeiter gearbeitet, ohne bei der Lohnabrechnung Einwendungen zu machen. Nachdem das Arbeitsverhältnis beendet war, forderten sie Nachzahlung der Lohnüberschüsse. In beiden Fällen wies das Gewerbegericht die Kläger ab. In dem ersten Falle, wo die Firma Binn verlag war, begründete der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo das Urteil folgendermaßen:

Die Frage des privaten Dienstvertrages im Verhältnis zum Tarifvertrage wird verschiedentlich beurteilt, je nachdem, ob das ordentliche Gericht, also im vorliegenden Falle das Gewerbegericht, oder die Schlichtungskommissionen, also Schiedsgerichte, über die Frage zu entscheiden haben. Der Privatdienstvertrag ist Sache des privaten Abkommens und kann nur durch die Reichsgesetzgebung beschränkt werden. Die Beschränkung des Privatdienstvertrages durch den Tarifvertrag ist keine Beschränkung durch das Reichsgesetz. Es ist nicht Sache des Gewerbegerichts, über die moralische Seite der Sache zu urteilen, ob es angezeigt ist, ob es angezeigt ist, andere Löhne als im Tarif festgelegt sind, zu vereinbaren. Derartige Vereinbarungen kommen übrigens auf beiden Seiten vor. Auch Arbeitnehmer vereinbaren, wenn die Konjunktur ihnen günstig ist, höhere Löhne als der Tarif vorsieht. Man mag aber solche Vereinbarungen, die vom Tarif abweichen, denken wie man will, rechtlich sind sie nicht anfechtbar. Im vorliegenden Falle ist durch die Eintragung des Lohnsatzes in das Lohnbuch des Klägers ein rechtsgültiger Vertrag zustande gekommen. Die geforderte Nachzahlung von je 1 M. für 112 Infanteriemäntel ist rechtlich hinfällig.

Nach der Urteilsbegründung bemerkte Magistratsrat Dr. Leo, es wäre ihm lieb, wenn gegen das Urteil Berufung eingelegt würde. Wenn das Landgericht — was er annehme — ebenso entscheide wie das Gewerbegericht, dann werde die Erkenntnis durchbringen, daß man sich vor dem Gewerbegericht nicht auf den Tarif berufen könne, wenn man etwas anderes vereinbart habe.

Wir möchten hierzu bemerken: Den Arbeitern, die den Tariflohn nicht bekommen, ist es weniger um die Entscheidung einer Rechtsfrage als vielmehr um die Erlangung des Lohnes zu tun, der ihnen zusteht. In den meisten Fällen wird es so sein, daß die betreffenden Arbeiter, nachdem sie längere Zeit für zu geringen Lohn gearbeitet haben, erst erfahren, daß ein Tarif besteht, nach dem sie unter allen Umständen entlohnt werden müssen. Das ist allerdings nicht direkt durch Gesetz bestimmt, folgt aber aus demselben, denn das Kriegsbekleidungsamt macht es allen Unternehmern, denen es Aufträge erteilt, zur Pflicht, und es entzieht ihnen die Aufträge, wenn die Unternehmer diese Verpflichtung nicht erfüllen. Die Tariflöhne sind also ortsübliche, niedrigere Verstoßen gegen die guten Sitten. So würde auch das Reichsgericht, wenn es zu befinden hätte, entscheiden. Die durch tarifwidrige Entlohnung hervorgerufenen Arbeiter schlagen nicht den richtigen Weg ein, wenn sie ihre Ansprüche beim Gewerbegericht geltend machen. An die Schlichtungskommission müssen sie sich wenden. Da wird ihnen unter allen Umständen der Tariflohn zugesprochen. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen wissen das und ihre Organisation steht ihnen bei Erlangung ihrer berechtigten Ansprüche zur Seite. Man darf also wohl annehmen, daß es Unorganisierte sind, welche den richtigen Weg zur Erlangung der Tariflöhne nicht finden. Also zeigt sich auch hier wieder, wie nachteilig es ist, wenn ein Arbeiter seiner Gewerkschaft nicht angehört.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben die Nr. 24 des 25. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Genossin Jekim verhaftet! — Die neuen Schichtpreise. — Zwei Grundfragen der sozialen Forderungen für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. V. — Zur Soziologie des Krieges. Von Frau Köstler. (Fortsetzung.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 17. Nummer des 32. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobentimmern sind jederzeit durch den Verlag A. D. D. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 302 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Gouvernement Preußen. Infanterie usw.: Garde: 1., 4. und 5. Garde-Regiment z. P.; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Püßli-Regimenter Nr. 8, 12, 16, 18, 21, 23, 24, 26, 28, 29, 30, 36, 42, 43, 44, 46, 56, 57, 62, 65, 66, 67, 71, 72, 82, 83, 85, 87, 93, 95, 99, 109, 110, 111, 115, 117, 118, 129, 130, 132, 136, 141, 143, 145, 146, 148 (f. Inf.-Regt. Nr. 341), 150, 152, 154, 158, 160, 161, 163, 165, 168, 170, 175, 190, 336, 341, 342, 363, 370. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 7, 15, 19, 20, 21, 28, 29, 34 (f. Inf.-Regt. Nr. 342), 38, 52, 61, 64, 65, 67, 80, 82, 83, 87, 88, 98, 111, 205 bis einschl. 220, 222, 223, 224, 226, 236, 237, 272. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 28, Königsberg Nr. 2. Leimbach-Jerener, v. Reinhardt (f. Inf.-Regt. Nr. 341). Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4. Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 7, 16, 23, 26, 28, 39, 46 (f. auch Ers.-Inf.-Regt. Leimbach-Jerener), 53, 61, 66, 73, 75. Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 8 und 109. Feld-Bataillon Schwarz des Detachements Plantier. Ueberplanmäßiges Landw.-Infanterie-Bataillon Nr. 2 des 4. Armeekorps. Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 31 (f. Inf.-Regt. Nr. 363), Nr. 43 (f. Inf.-Regt. Nr. 370). Landsturm-Infanterie-Bataillone: IV und V Darmstadt, I Deutsch-Enlau, II Forbach, I Frankfurt a. O., I Görtlich, I Königsberg, Mühlhausen i. Th., Neufahrwasser, Oberlahnstein, 2. Rastatt (f. Landst.-Inf.-Regt. Nr. 109), II Spandau, II Stade, III Tilsit, Weisel, Woldenberg. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 2. des 4. und 28. des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillon Nr. 5; Reserve-Bataillone Nr. 5 und 17. Feld-Maschinengewehr-Jäger Nr. 33 (f. Res.-Jäger-Batl. Nr. 17), 143 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 26), 269 (f. Garde-Res.-Jäger-Batl.), 273 (f. Jäger-Batl. Nr. 5); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung C Neubredsch. Kavallerie: Dragoner Nr. 7, 20; Reserve-Dusaren Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 4; 3. Landwehr-Eskadron des 20. Armeekorps; Reserve-Abteilung Nr. 47. Feldartillerie: 1. und 3. Garde-Regiment; Regiment Nr. 5, 16, 19, 21, 22, 26, 30, 40, 42, 58, 71, 72, 241; Reserve-Regimenter Nr. 1, 6, 59. Fuhrartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 6 (f. Res.-Feldartillerie-Regt. Nr. 6), 8, 11, 20 und Forke; Reserve-Regimenter Nr. 2, 6 (f. Res.-Feldartillerie-Regt. Nr. 6), 14, 16, 18 (f. Fuhrart.-Regt. Forke); Landwehr-Bataillone Nr. 7, 8; Batterien Nr. 243 und 259; Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 248. Pioniere: Regiment Nr. 18, 20, 25, 29, 30, 31, 35; Bataillone: 1. und 11. Nr. 2, 1. Nr. 6, 1. Nr. 9; Reserve-Bataillon Nr. 32; Ersatz-Bataillone Nr. 3 und 26; Reserve-Kompagnien Nr. 46 und 48; 2. Landwehr-Kompagnie des 18. Armeekorps. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 105; Mittlere Minenwerfer-Gebirgs-Abteilung Nr. 128; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 41. Verkehrsstruppen: Landwehr-Eisenbahn-Baukompanie Nr. 6. Fernsprech-Abteilungen des 8. Armeekorps und Nr. 31. Feldfliegertruppe. Train: Fuhrparkkolonne E; Wagazin-Fuhrparkkolonne Nr. 4 des 11. Armeekorps und Nr. 114; Festungs-Fuhrparkkolonne Vohen des 20. Armeekorps; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 1 Breslau. Munitionskolonnen: Feldartillerie-Munitionskolonnen Nr. 4 des Gardekorps; Fuhrartillerie-Munitionskolonnen Nr. 13. Sanitäts-Formationen: Reserve-Sanitäts-Kompagnien Nr. 15 und 58. Landwehr-Feldlazarett Nr. 15 und 18. Armierungs-Bataillone. Feldpost-Expedition der 11. Reserve-Division.

Die bayerische Verlustliste Nr. 212 bringt Verluste des 3., 4., 5., 9., 11. und 12. Inf.-Regts.; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 5, 7, 10, 11, 14; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 12, 15; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 1, 2, 7, 11; Landsturm-Inf.-Bataillone: Nürnberg I, Passau I, Regensburg I; 11, 12. und 21. Feldart.-Regt.; Reserve-Feldart.-Regt. Nr. 9; Landst.-Feldart.-Abt. Nr. 1; 1. Landst.-Batterie des 3. Armeekorps; 1. Fuhrart.-Regt. München; 2. Fuhrart.-Regt. Reg.; Fuhrart.-Batterie Nr. 301; Res.-Fuhrart.-Regt. Nr. 3; 1., 2. und 4. Pionier-Batl.; Arme-Telegraphen-Abt.; Res.-Pionier-Bataillone Nr. 2 und 4; 2. Landwehr-Pionier-Komp. 1. Armeekorps; 2. Pionier-Ersatz-Komp. des 1. Pionier-Batl.; Militär-Eisenbahn-Direktion I, II und III; Armierungs-Bataillon Nr. 4; Res.-Munitionskolonnen-Abt. Nr. 5; Etappen-Kraftwagen-Munitionskolonnen 1; Feldbäckerei-Kolonnen 1 des 2. Armeekorps; Feldbäckerei-Kolonnen 1 des 3. Armeekorps; Sanitäts-Kompagnien 1 des 1. Armeekorps und 3 des 3. Armeekorps; Feldlazarett Nr. 5.

Aus Groß-Berlin. Kriegssrennen mit Toto.

Am Sonntag war in Hoppegarten Pferderennen. Seit langer Zeit war wieder die staatlich konfessionierte Wettmaschine im Gange. Das Wetter war miserabel. Es regnete — nein es goß. Keinen Hund hätte man hinausjagen mögen. Aber die Bißge nach Hoppegarten waren überfüllt. Man wallfahrte nach dem Totalisator. Während des Krieges. Das Kriegssrennen war nur Mittel zum Zweck; das interessierte weniger. Das Interesse war darauf gerichtet, welches Pferd zuerst am Ziel war und den Sieg davontrug.

Während der schönen Sommertage war der Rennplatz schlecht besucht. Grund: der Totalisator war geschlossen; die Spiel- und Wettluft war eingedämmt. Nur bei den Buchmachern konnte gewettet werden. Das war aber eine riskante Sache, denn Polizei in Uniform und Zivil war auf dem Posten. Diesmal aber funktionierte wieder der Toto. Er besitzt eine Anziehungskraft wie ein Magnet. Am Sonntag wurden am Totalisator rund 400 000 M. umgesetzt, an Eintrittsgeldern 20 000 M. eingenommen. Viele sind um ihre Hoffnungen gekommen, selbst diejenigen, die mit dem nötigen Pferdebestand nach Hoppegarten fuhrten und glaubten, den besten Tag zu haben. Es gewannen Pferde, denen man den Sieg nicht zutraute. In einem Falle wurde deshalb für 10 M. die Summe von 726 M. ausbezahlt und in einem anderen Falle waren fünf Wetter so glücklich, für ihre 10 M. Einsatz 1278 M. zu erhalten. Die auf andere Pferde gesetzt hatten, zogen den Kürzeren.

Nun kann die Wettfeuchte sich in Summen entfalten zum Nutzen der Veranstalter der Kriegssrennen und zum Schaden vieler, die oft an den Rand des Abgrundes geraten.

Das türkische Café.

Ich ging durch ein Warenhaus und stand mit einem Male vor einer Glasüre. Dahinter lag ein Raum im roten Dämmerlicht. Hart und weich und sehnsuchtschwer quollen die Klänge aus „Rignon“ von einem Podium herunter, wo rotgeröckte Künstler — allerdings keine Türken — ihre Instrumente meistern. Der schmächtige, dunkellockige Geiger steht aufrecht und die Lüne gleiten wie Perlen von den Saiten. Rote und weiße elektrische Lämpchen glänzen und leuchten und hüllen das Ganze in einen mattschönen Schein. Die Flaggen des Dreiecks wehen im leisen Luftzuge hin und her, orientalische Teppiche bedecken Wände und Fußboden, Riespalmen ragen stolz und majestätisch empor und auf runden, mit Glasplatten überdeckten Tischen duften und leuchten in hohen, schlanken Vasen Blumen über Blumen.

Keiner in Anziehojen huschen lautlos zwischen den Stühlen einher und tragen Kuchen und Kaffee auf. Damen, und fast nur Damen, in eleganter Aufmachung plaudern bei der Tasse Mokka oder lauschen sinnend den Klängen der Musik. Und die Geige schluchzt: „Kur wer die Sehnsucht kennt...“ Nicht neben dem Podium sitzt ein Pöckel mit schwarzen, hungrigen Augen und leden Schneden auf dem Ohr. Tzp à la Tauxenien. Ein Mädchen, wie viele, die weißen Zähne knappern verbös und ungeduldig am Stiel einer Rose, die so gelb wie der Reib ist. Die Blide suchen immerzu die Tür. Und die Geige weint: „Ach, der mich liebt und kennt...“ Gäste kommen und geben, die Keilner schienen sink und lautlos wie Hechte vorüber, die Lampen glänzen und die gelbe Rose zittert verbös. Nichts erinnert daran, daß draußen Millionenheere mit einander im blutigen Ringen liegen, nur wenn in dem bunten Bild ein wallender Kleeppfleier auftaucht, gleich einem wandelnden Memento, geht es wie ein heimliches Frösteln, ein bongendes Zittern durch den Raum. Ein jähes Erinnern an den gigantischen Kampf, der Europa bis ins Innerste erschütterte.

Wald aber hatten die Blide des Pöckels brennend an der Tür, das Gesumme der Stimmen hebt wieder an, die gelbe Rose zittert verbös und die Geige schluchzt: „Kur wer die Sehnsucht kennt...“

Die Liste der Schöffen und Geschworenen.

Die Urliste derjenigen Personen, die nach den Bestimmungen der Titel IV und VI des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1916 berufen werden können, ist aufgestellt und wird nach § 36 des Gesetzes

eine Woche lang, und zwar vom 23. bis einschließlich 29. August 1915, in den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr, am Sonntage von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr im Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Str. 44/45 I — Zimmer 10 — (Eingang I, Hof rechts) zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der einwöchigen Auslegefrist schriftlich oder im Wahlbureau zu Protokoll Einsprache erhoben werden.

Verdorbenen Konserben als Schweinefutter.

Bei der Herstellung von Konserben scheint nicht immer mit der Vorsicht vorgegangen zu sein, um Lebensmittel vor dem Verderben zu bewahren. Es hat sich jetzt ein Handel mit verdorbenen Lebensmitteln entwickelt, der schon im großen geführt wird. Das erzählt aus einem Inserat in der Sonntagsnummer der „Berliner Morgenpost“, in dem es heißt:

Kraftfutter für Hühner und Schweine Aus hiesigen Konserbenfabriken haben wir die zur menschlichen Nahrung nicht geeigneten Rindfleisch-Konserben erworben und geben diese zu dem äußerst billigen Preis von 10 Pf. für die Punddose ab. E. Preysch, Berlin N 64, Lothringer Str. 98, Fernsprecher: Norden 9756.

Diese Anfündigung des Verkaufs verdorbener Lebensmittel in Verbindung mit anderen ähnlichen lassen in der Tat auf eine recht bedauerliche Verschwendung menschlicher Nahrungsmittel schließen. Es wird sich vielleicht nicht immer vermeiden lassen, daß da und dort irgend etwas verdorbt, allein ein solches Massenverderben von Nahrungsmitteln, wie es jetzt in Erscheinung tritt, ist unter den heutigen Verhältnissen und angesichts der herrschenden Teuerung recht bedenklich. Auch die Hersteller von Konserben haben die Verpflichtung, alles zu tun, um der Allgemeinheit nicht notwendige Lebensmittel zu entziehen.

Zur Brotkartengemeinschaft.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: Wie schon vor Monaten, so werden auch jetzt wieder von seiten einiger Gemeinden Wünsche auf Ausdehnung der Berliner Brotkartengemeinschaft laut, und das noch zu recht ungelegener Zeit, weil gerade gegenwärtig noch nicht feststeht, in welchem Umfang auch die neue Ernte die wirksame Verfolgung der Sparziele zur Pflicht macht. Eine wesentliche Erweiterung der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft läßt sich eben nicht durchführen, wenn anders nicht dadurch die regelmäßige und gleichmäßige Versorgung des gesamten Brotkartengebietes ernstlich gefährdet werden soll. Nicht allgemeine theoretische Grundsätze sondern nur die Prüfung im einzelnen Fall, ob der wirtschaftliche Zusammenhang den Zusammenschluß erfordert, kann entscheidend sein. Soweit diese Frage bejaht werden muß, ist bisher auch die Einseit hergestellt worden, und neuerdings, z. B. bei Köpenick, beabsichtigt man von dem gleichen Grundsatz auszugehen. Geringfügige Unbequemlichkeiten muß jeder in der heutigen Zeit nur einmal in Kauf nehmen. Im Vordergrund steht der Sparzweck und alle anderen Rücksichten und Wünsche haben ihm zu weichen.

Um's Leben gekommen.

Ein eigenartiger tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht von Sonntag zu Montag. Die Straßenbahnschaffnerin Klein von Bahnhof 20 hatte am Sonntagabend gegen 1/11 Uhr eine Fahrt mit dem von ihr bedienten Wagen beendet und befand sich an der Endhaltestelle Bahnhof Jungfernheide. Sie klagte über starke Kopfschmerzen und wollte sich die Stirn mit kaltem Wasser kühlen. Die A. stieg zu diesem Zweck die schmale steinerne Treppe, welche an dieser Stelle in die Spree hinabführt, hinab und beugte sich, mit der hohlen Hand Wasser schöpfend, über die Pluten. In diesem Augenblick muß die Schaffnerin von einem Schwindel erfaßt worden sein, sie fiel in das Wasser. Die A. rief laut um Hilfe und sofort eilten ein Fahrer und mehrere Passanten herbei. Bei der herrschenden Dunkelheit aber vermochten sie, trotzdem das Wasser an jener Stelle nicht zu tief ist, die Unglückliche nicht mehr zu retten. Die A. war wohl bewußtlos von der Strömung fortgetrieben worden, ist dann untergegangen und ertrunken. Die Leiche wurde gegen 11 Uhr von herbeigeholten Schiffen geborgen und nach dem Charlottenburger Schauhaus übergeführt.

Auskunft über Angestelltenversicherung.

Der Berliner Ortsausschuß der Vertrauensmänner, Flottwellstr. 4 I, der über Fragen der Angestelltenversicherung seit Anfang Juli bereits mehr als 300 mündliche und schriftliche Auskünfte erteilt hat, hält vom Sonnabend, den 21. August, ab seine Sprechstunden wieder in den Mittagsstunden, und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 1—3 Uhr, ab. Bis dahin werden Auskünfte an den gleichen Tagen nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr erteilt.

Der falsche Butterhändler. Der Buchhalter Wilhelm Düfeler, Grünthaler Str. 25, ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem in der Kotzig „Der falsche Butterhändler“ genannten Buchhalter D. nicht identisch ist.

Eine Ausstellung über die beste Verwertung von Obst und Gemüse veranstaltet der „Verband der Laubkolonisten Berlins und Umgegend“ mit Hilfe des „Nationalen Frauendienstes Berlin“ in dieser Woche.

Die Ausstellung soll zeigen, wie es jeder praktischen Hausfrau ermöglicht wird, Gartenfrüchte für den Winter dauerhaft aufzubewahren. Da es keine Konserbenbüchsen und Einmachegläser mehr gibt, muß im Haushalt Umschau gehalten werden nach Gefäßen, die sich zur Einmachung von Obst und Gemüse eignen. Hier soll die Ausstellung der Hausfrau zeigen, wie es ermöglicht werden kann und welche einfachen Mittel es gibt, mit denen man sich in der jetzigen Kriegszeit ausheilen kann, um das Eingemachte dauerhaft zu erhalten und auch wie man Gemüse dörren muß. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung und findet statt: am Dienstag im „Elysium“, Landsberger Allee, am Mittwoch in den „Passage-Festhallen“, Neufölln, Bergstraße, am Donnerstag im „Vollshaus“, Charlottenburg, Kofenstr. 3, und am Freitag in „Sachons Festhallen“, Müller- und Seestraßen-Ecke.

Kleine Nachrichten. Ein Zusammenstoß eines Militär-Lastautos mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich am Sonntagabend gegen 7 Uhr in Neufölln. Vor dem Hause Bergstr. 104 bog das Militär-Lastauto M. K. III. 719, das mit einem Flugzeug beladen war, kurz vor einem herannahenden Triebwagen in der Richtung Vrij auf das Gleis und wurde angefahren. Dabei wurde das Flugzeug, ebenso wie das Militärauto leicht beschädigt. — Aus dem Wasser gelandet wurde gestern an der Köpenicker Brücke die Leiche eines Mannes, die schon wohl ein Vierteljahr darin gelegen hat. Die Verwesung ist schon so weit vorgeschritten, daß das Alter des Ertrunkenen auch nicht annähernd mehr geschätzt werden kann. Er trug einen schwarzen Jacketanzug mit Seidenknöpfen, ein schwarz-rot gestreiftes Vordachhemd, graue wollene Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. Sein weinrotes seidenes Taschentuch hat kein Zeichen. — Aus Furcht vor Mißhandlungen sprang gestern Abend das 31 Jahre alte Straßenmädchen Anna Köhl aus der Prinz-Jandjery-Straße 55 zu Neufölln aus dem Fenster auf den Hof hinab. Das Mädchen, das im ersten Stock des Seitenflügels wohnte, geriet mit seinem Zubehälter in Streit und wurde von ihm so schwer bedroht, daß es sich nur durch einen gefährlichen Sprung retten konnte. Es schlug mit dem Kopf auf das Hofpflaster und zog sich eine blutende Verletzung zu. Von der Unfallstation wurde die Verletzte zu einer Freundin gebracht, die sie pflegen will. Der Zubehälter wird von der Kriminalpolizei gesucht. — Einen raschen Tod hat der 50jährige Droschkenkutscher Wilhelm Schütz aus der Schulstr. 9 gefunden. Sch. der seit Jahren mit seiner Droschke am Köpenicker Platz hielt, klagte gestern vormittag seinen Kollegen, daß er sich nicht wohl fühle und Atembeschwerden habe. Als sich sein Befinden plötzlich verschlechterte, bemühten sich zwei Verursachungsleute um den Kranken. In demselben Augenblick, als sie Sch. beim Herabsteigen von seinem Esch behilflich sein wollten, um ihn auf die Polster seines Wagens zu betten und zu einem Arzt zu fahren, brach er plötzlich lautlos zusammen. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen.

Aus den Gemeinden.

Aus der Gemeindevertretung Oberschöneweides.

Erst auf Antrag unserer Vertreter hatte sich der Gemeindevorstand veranlaßt gesehen, jetzt nach drei Monaten wieder eine Sitzung der Gemeindevertretung einzuberufen. Zur Verhandlung standen zwei Anträge unserer Vertreter, einer auf Sicherstellung des Wahlrechts der Kriegsteilnehmer sowie ein Antrag, der die Rechte der örtlichen Kriegskommission feststellen wollte. Nach Begründung des ersten Antrages durch unseren Redner wurde derselbe einstimmig dahingehend erledigt, daß für das Jahr 1915/16 von der Aufstellung neuer Wählerlisten abgesehen werden soll. Anlaß zu dem zweiten Antrage gab die Tatsache, daß der Gemeindevorstand, ohne die Kommission zu befragen, die Preise der schon dem Verkauf übergebenen Lebensmittel der Gemeinde heraufsetzte, andere Lebensmittel in den Verkauf brachte und auch hierfür die Preise eigenmächtig bestimmte. Unser Redner betonte, daß, wenn auch diese Maßnahmen im Sinne der nachträglich gefassten Kommissionsbeschlüsse liegen, so sollte ferner diese Geslossenheit keine dauernde werden. Weiterhin kritisierte er die Eigenmächtigkeit einzelner ausübender Organe in der Gemeinde, die nicht immer die Beschlüsse der Kommission sinn- und wortgemäß zur Anwendung bringen. Die ganze Angelegenheit wurde von unserem Vertreter auch dazu ausdehnt, die bisher geäußerten Sätze der Unterstellungen für die Familien der Kriegsteilnehmer, bei der jetzt bestehenden Lebensmittelerhöhung als viel zu gering zu bezeichnen. Nebenbei bleibe aber auch die Sorge bestehen, wovon bei der bevorstehenden kälteren Jahreszeit warme Kleider und feste Schuhe beschafft werden sollen. Der Redner verlangte, die Gemeinde möge rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergreifen, um der Teuerung entgegenzuwirken und die Erfahrungen des ersten Kriegsjahres in nutzbringender Weise anzuwenden. Es sei ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinden Groß-Berlins zur Belämpfung der Lebensmittelerhöhung sowie der Erhöhung der Unterstützungssätze anzustreben. Als örtliche Notwendigkeit wurde gefordert, daß der Verkauf der Gemeindevorräte von dieser selbst zu besorgen sei. Noch ein weiteres Vorkommnis aus der Sitzung sei erwähnt. Am 12. Januar d. J. wählte die Gemeindevertretung das gesamte Kuratorium des Realgymnasiums neu. Unter den Neugewählten befand sich auch ein Vertreter der Sozialdemokratie. Ein herausgewählter Schöffe nahm Veranlassung, gegen die Wahl Beschwerde beim Kreisaußschuß und beim Provinzialschulkollegium einzulegen. Der Kreisaußschuß wies die Beschwerde als formalen Einwand ab. Das Schulkollegium trat dem Ersuchen des Beschwerdeführers bei und verlagte dem neugewählten Nichtschöffen die Bestätigung. Möglichkeit zu diesem Vorgehen des Schulkollegiums bot die Bestimmung im Statut des Realgymnasiums, wonach neugewählte Mitglieder des Kuratoriums, welche nicht Schöffen sind, der Bestätigung des Provinzialschulkollegiums unterliegen. Die Gemeindevertretung nahm aber keine Neuwahl vor, sondern will nun den Beschwerdebeweg beschreiten.

Maßnahmen gegen die Kartoffelerhöhung in Nowawes.

Wie wir bereits mitteilten, hatte sich die Gemeinde entschlossen, durch Einrichtung eines eigenen Kartoffelverkaufs auf den Wochenmärkten eine Herabdrückung der hohen Kartoffelpreise zu versuchen. Diese Maßregel hat sich als recht wirksam erwiesen. Am ersten

Verkaufstag auf dem Somaabendmarkt war der Andrang am Marktstand der Gemeinde, die 10 Pfund zu 65 Pf. abgab, so groß, daß innerhalb weniger Stunden über 100 Zentner Kartoffeln umgesetzt wurden. Die anwesenden Kartoffelhändler sahen sich infolgedessen genötigt, ihre Preise erheblich herabzusetzen, um ihre Kartoffeln nicht wieder nach Hause nehmen zu müssen, und verkaufte nun 10 Pfund statt bisher zu 80 Pf. bis 1 Pf. zum Preise von 65 und 70 Pf. Ein Händler, der bisher versicherte, er könne die Kartoffeln nicht billiger abgeben, weil er sie selbst teuer einkaufen müsse, ging sogar unter den von der Gemeinde geforderten Preis herunter.

**Kinderspiele in Mariendorf.** Mittwoch, den 18. August, finden die Spiele im „Urwald“ statt. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags, am Rathaus, Kaiserstraße. Mundvorrat ist mitzubringen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Die Rathenower Dampfmühlen-K. & G. vormals C. Hübener Nachf. in Rathenow erzielte im Jahre 1914/15 nach 119 321 M. (i. V. 89 899 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 388 799 M. (84 377), woraus 18 Proz. Dividende (3 Proz.) verteilt werden sollen. Dem Reservefonds werden 96 781 M. (3218) überwiesen und auf neue Rechnung 71 017 M. (4756) vorgetragen.

Die Westfälische Metallindustrie Akt.-Ges. in Lippstadt zahlt nach Rückstellung von 120 000 M. für unfähige Forderungen im feindlichen Ausland und nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 12 Proz. gegen 7 Proz. im Vorjahre.

Die bekannte Spirituosenfirma und Vorkfabrik Kantorsowicz in Wofen erklärt wie im Vorjahre 12 Proz. Dividende. Der Bruttogewinn beträgt 947 577 M. gegen 898 556 M. im Vorjahre. Der Reingewinn 340 629 M. gegen 229 658 M. Der Reingewinn stieg um 50 Proz.

### Amerikas Ausfuhr nach Sibirien.

„Petit Parisien“ meldet aus Washington: Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Sibirien betrug in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 30. April 1915 19 Millionen Dollar, das heißt neunzehnmal so viel als in normalen Zeiten. Vor Ablauf des August müssen 400 Lokomotiven und 20 000 Eisenbahnwaggons in Wladiwostok abgeliefert werden.

### Zum kommenden Volkstriege.

Kein zu schroffes Vorgehen gegen den deutschen Handel, das ist die Schlussfolgerung, die „Italien“ vom 10. August aus einer ausführlichen Darlegung der deutschen Ein- und Ausfuhrziffern zieht: Die Verhandlungen werden ohne Zweifel vor allem versuchen, den Strom der deutschen Erzeugnisse aufzuhalten oder zu schwächen. Immerhin darf man nicht vergessen, daß Waren gegen Waren ausgetauscht werden und daß man, wenn man Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten verringert, seine Kaufkraft schwächt. Andererseits bringen die Hindernisse, die man der Einfuhr fremder Waren entgegenbringt, die Gefahr mit sich, daß die Preise auf dem eigenen Markt steigen, wovon die Masse der Verbraucher den Schaden, nur die Erzeuger in von dem ausländischen Wettbewerb befreiten und durch die Vorzugstarife begünstigten Ländern haben.

### Die Aktiengesellschaften in Preußen.

Im Jahre 1913, dem letzten Jahre, über das eine Statistik der preussischen Aktiengesellschaften vorliegt (siehe das soeben erschienene Statistische Jahrbuch für das Königreich Preußen), wurden in Preußen 2983 Aktiengesellschaften gezählt mit einem Kapitalvermögen (eingezahltem Aktienkapital und Reserven) von 13,19 Milliarden Mark; das Aktienkapital belief sich dabei auf 10,7 Milliarden Mark. Mehr als die Hälfte der Aktiengesellschaften (1491) waren Millionen-Gründungen, 176 von ihnen sogar Unternehmungen mit einer Aktienkapitalbasis von über 10 Millionen Mark. Diese letzte Gruppe umfaßt nicht weniger als 6,8 Milliarden Mark, d. i. weit über die Hälfte des gesamten Aktienkapitals.

Die Entwicklung des Aktienwesens überhaupt wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß von den im Jahre 1913 bestehenden preussischen Aktiengesellschaften nur 195 vor 1870, 869 zwischen 1871 und 1890 und 1668 zwischen 1891 und 1910 gegründet worden waren, die Jahre 1911—1912 brachten dann noch 208 Aktiengesellschaften. Fast zwei Drittel der bestehenden Aktiengesellschaften (63,8 Proz.) sind mithin in den letzten zwei Jahrzehnten entstanden. Uebrigens gibt die Zahl der Neugründungen nur ein unvollständiges Bild von der Ausbreitung des wirtschaftlichen Machtbereichs der Aktiengesellschaften. Im Jahre 1913 wurden zum Beispiel 113,8 Millionen Mark in Neugründungen von Aktiengesellschaften angelegt, aber um 254,4 Millionen Mark erhöhten gleichzeitig schon bestehende Aktiengesellschaften ihr Grundkapital!

Die wirtschaftlich tonangebenden Betriebe in allen wichtigen Branchen sind Aktiengesellschaften oder sind auf dem Sprunge, es zu werden. Die Statistik zeigt, daß in keiner Gewerbezugsgruppe mehr der Einzelunternehmer das Feld beherrscht. Am kapitalträchtigsten erscheint die Aktiengesellschaft im Handelsgewerbe (Bankwesen), im Bergbau und Hüttenwesen, in der Maschinenindustrie, im Verkehrsweisen. Das Aktienkapital in diesen Zweigen umfaßt schon 8,1 Milliarden Mark.

Die örtliche Verteilung der Aktiengesellschaften zeigt, daß im Stadtkreise Berlin allein 8,76 Milliarden — also mehr als der dritte Teil des gesamten preussischen Aktienkapitals — lagern, dann folgt die Rheinprovinz mit 2,39 und Westfalen mit 1,18 Milliarden Mark.

An Dividenden wurden im Bilanzjahre 1913 916,7 Millionen Mark verteilt, das waren 8,7 Proz. des dividendenberechtigten Gesamtkapitals. Natürlich war der Reingewinn selbst noch größer, er betrug 1352,6 Millionen Mark (gleich 13,6 Proz. des eingezahlten Aktienkapitals). Stellt man den Reinerlös von 161,4 Millionen in Abzug, so verbleibt immer noch ein bilanzmäßiger Gewinn von 1191,2 Millionen Mark oder 11,1 Proz. des Aktienkapitals. Weit über den Durchschnitt von 13,6 Proz. Brutto-Reingewinn erheben sich die Versicherungsgewerbe mit 50,2 Proz. (1), Tiefbaugewerbe mit 33,1 Proz., chemische Industrie mit 25,5 Proz., Lederindustrie mit 22,6 Proz., Erzeugnisse und Hüttenbetrieb mit 19,2 Proz., Zuderfabrikation mit 18,3 Proz., Branntweindrennerei mit 17,7 Proz., Steinlohlenbergbau mit 17,5 Proz. des eingezahlten Aktienkapitals usw. Der Netto-Reingewinn in den preussischen Aktiengesellschaften betrug im Laufe der letzten Jahre im Durchschnitt 1908: 9,7 Proz., 1909: 9,5 Proz., 1910: 10 Proz., 1911: 10,2 Proz., 1912: 11 Proz., 1913: 11,1 Proz.

Man sieht, über eine Einschränkung ihres Wirtschaftslebens und eine Benachteiligung ihrer Profite konnten sich die maßgebenden preussischen Kapitalisten in den letzten Jahren vor dem Weltkriege nicht beklagen.

## Aus aller Welt.

### Aus der Dunkelkammer der Heereslieferanten.

In Nr. 212 des „Vorwärts“ vom 8. August brachten wir einen Bericht über einen Beleidigungsprozeß, der sich vor dem Schöneberger Schöffengericht abgespielt hatte. Zwei sogenannte „Heereslieferanten“, die aber nicht die Lieferung, sondern nur die Vermittlung von Heeresbedarf übernommen und dabei horrenden Summen „verdient“ hatten, lagen sich in den Haaren und verlangten für die gegenseitig zugefügten Beleidigungen kräftige Sühne. Der eine von den beiden, der Kaufmann Martin Wuhband aus Sammersdorf in Schlesien, ist über die ihm aufgedrückte Geldstrafe von 800 Mark empört, noch mehr aber über die moralische Stülpung, die ihm und Leuten ähnlichen Schläges das Gericht zuteil werden ließ. Er läßt es sich was kosten — was ihm bei dem ihm zugefallenen hohen Gewinn ja auch nicht schwer gefallen sein wird —, sein Renommee wieder herzustellen. In einem Inserat in dem Waldenburger „Neuen Tageblatt“, das eine halbe Seite umfaßt, versucht er sich von dem Odium, ein geistloser Geschäftspatriot zu sein, rein zu waschen. „Geschäftslüchtligkeit oder ehelos?“ fragt er, und bemüht sich nun um den Nachweis, daß er sich im Schwelge seines Angehens vom frühen Morgen bis zum späten Abend — 17 bis 18 Stunden täglich — gequält habe, um dem Vaterland durch Verschaffung notwendiger Artikel zu helfen. Wie eifrig Herr Wuhband gearbeitet hat, beweist, daß er allein für Eisen, Leuchtgramme und Zergespräche monatlich rund 1500 M. ausgegeben haben will. Inserate hätten ihm monatlich 1150 M. gekostet, Musterstücke rund 1400 M. usw. Und allen, die es glauben wollen, versichert Herr Wuhband, daß er nicht mehr als 10 Proz. Reinerdienst gehabt hätte. Das wäre immerhin schon ein ganz netter Kriegsgewinn, wenn man die Umsätze in Betracht zieht. Ein wenig plaudert Herr Wuhband dann aber doch aus der Schule. Er will wissen — und er wird es wohl wissen — daß andere Leute über 100 Proz. bis 300 Proz. Rohgewinn bei Granatenlieferungen oder bei Pferdlieferungen gemacht haben. Zarte Rücksichtnahme auf Personen und den Staat halten ihn aber ab, sogleich mit Namen zu dienen. Nun, wir werden uns später wieder einmal daran erinnern und nochmals anfragen; wir brauchen dann dieselben Rücksichten wie Herr Wuhband nicht zu nehmen.

Mag nun Herr Wuhband sein Vorbild ausführen und gegen das über ihn gefällte gerichtliche Urteil Berufung einlegen. Die öffentliche Meinung wird sich auch nicht durch noch längere Erklärungen in ihrem Urteil beeinflussen lassen, wie sie über Leute denkt, die die Not des Staates dazu benutzen, um in kurzer Zeit ganze Vermögen in ihre Taschen zu leiten.

### Ich bin der Herr!

Als die Lebensmittelpreise in die Höhe zu steigen begannen, fanden sich sogleich wohlmeinende Ratgeber, die darauf hinwiesen, daß unsere Wälder einen ungeheuren Reichtum an nahrhaften Früchten aufzuweisen haben, die in sonstigen Zeiten unbeachtet geblieben waren. Für den Großstädter hatten diese Ratsschläge ja so gut wie gar keinen Wert, aber der ländlichen Arbeiterbevölkerung konnte damit schon gedient werden. Aus uns unbekanntem Gründen ist früher jedoch in den meisten Wäldungen das Sammeln von Beeren, Pilzen usw. von den Besitzern verboten worden. Und von dieser Praxis scheint man an vielen Orten auch jetzt noch nicht abzuweichen zu wollen. In der „Gubener Zeitung“ und im „Gubener Tageblatt“ erschien dieser Tage das nachstehende Inserat:

Das Sammeln von Beeren, Pilzen und Beeren ist im hiesigen Gebiet bei Strafe verboten, ebenso das unerlaubte Detreten desselben.

Rittergut Ballwitz-Schloß.  
Die Guts- und Forstverwaltung.

Wagt denn der Besitzer des Waldes, der hier von seinem Herrenrecht in so unverständlicher Weise Gebrauch macht, nicht, welche Empörung er damit heraufbeschwört? Kann es denn dem Walde so viel schaden, wenn arme Menschen ihn betreten, um sich eine wohlfeile Nahrung zu suchen, die sonst unkommen würde?

Ueber das Schicksal der Gebrüder Mannesmann veröffentlicht die „Information“ eine Meldung des Madrider „Heraldo“, wonach es drei Brüder Mannesmann, die bei Kriegsbeginn in Casablanca in Gefangenschaft gefesselt wurden, gelungen sei, zu entkommen. Sie hätten die spanische Zone erreicht und befänden sich gegenwärtig in Sevilla. — Wie die „B. J.“ am Mittag demgegenüber erfährt, ist diese Mitteilung unrichtig. Von den vier Brüdern — der fünfte, Max Mannesmann, ist vor einigen Monaten in Aachen gestorben — befindet sich einer im Feld, zwei weilen in Berlin und der vierte ist in Remscheid. Die Angestellten der Gebrüder Mannesmann in Marokko sind bis auf wenige, die bei Beginn des Krieges wenige Stunden vor ihrer Festnahme nach Spanien fliehen konnten, sämtlich in Sebdu (Algier) interniert. Einige von diesen waren unter der Beschuldigung der Spionage und des Hochverrats vor das Kriegsgericht in Casablanca gebracht, sind aber vor ungefähr einem Monat freigesprochen worden. Sie wurden sodann als Zivilgefangene nach Sebdu zurückgebracht und dort abermals interniert.

Das größte „Lauflosem“ (so werden scherzweise von den Soldaten die Entlassungsanstalten genannt) wird gegenwärtig in Oppeln (Oberschlesien) errichtet. Wie man dem „Berliner Tageblatt“ schreibt, wird die Anlage einschließlich der Nachkosten für den Grund und Boden rund 1 Million Mark kosten. Diese Sanierungsanstalt wird die größte der bisher errichteten dergleichen Anstalten sein und wird in kürzester Zeit 20 000 Soldaten vollständige Reinigung bieten. Der Bau wird in etwa acht bis zehn Wochen beendet sein und wird zu einem Teile mangels anderer Arbeiter von Kriegsgefangenen Russen aus dem Gefangenlager Lamsdorf bei Reize ausgeführt.

Selbstmord durch Dynamitpatrone. Einen gräßlichen Selbstmord verübte der 41jährige Kiesbrucharbeiter Otto Schnabel auf seiner Arbeitsstätte bei Schleiß. Er legte sich auf ein an die Kiesgrube angrenzendes Stoppelfeld und beschwerte eine Dynamitpatrone mit Steinen auf seiner Brust.

Dann zündete er die Zündschnur an. Die Wirkung war furchtbar. Der Körper des Selbstmörders wurde vollständig zerrissen und die Eingeweide weit fortgeschleudert. Schnabel ist ein Opfer des Alkohols geworden. Er hinterläßt Frau und drei Kinder; einer seiner Söhne steht im Felde.

## Parteiveranstaltungen.

**4. Wahlkreis.** Jugendsektion. Am Mittwoch, den 18. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, findet in den „Andreas-Festhallen“, Andreasstr. 21, eine Versammlung der Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18—21 Jahren statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Nebalkteurs Genossen Emil Eichhorn. 2. Diskussion.

**6. Wahlkreis.** Jugendabteilung. Die Versammlung der jugendlichen Mitglieder findet am Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr, in nachstehenden Lokalen statt: Strad, Schöndorfer Allee 134a, Berlin, Kantstr. 60 und Schröder, Stromstr. 36. Referenten sind die Genossen Hermann Dunder, Erwin Neumann und C. Eisner.

**Vantow.** Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr, im „Kurfürsten“, Berliner Str. 112: Volksversammlung: „Gegen die Lebensmittelteuerung“. Referent Landtagsabgeordneter Otto Braun.

**Rödenitz.** Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr, findet unser gemeinschaftlicher Jahlabend im kleinen Saal des Stadt-Theaters statt. Referent Genosse Breitfeld. Korreferent: Genosse Müller (vom Transportarbeiterverband) Mitgliedsbuch legitimiert.

## Frauenveranstaltungen.

**Niederschönhausen-Nordend.** Heute den 17. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Kettig, Blankenburger Straße 4: Vortrag der Genossin Karida Demming: „Der Einfluß des Krieges auf das Kind“.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wunschzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**N. St. 13.** Der Wirt kann die Sachen einbehalten. — **G. S.** Wenn nur der Sohn sich zur Abzahlung verpflichtet hat, so kann die Firma gegen ihn, da er im Felde steht, nicht klagen werden. Bei der geringen Restsumme im Verhältnis zum Gesamtobjekt würde es sich vielleicht aber doch empfehlen, um Scherereien aus dem Wege zu gehen, daß Sie den Rest für Ihren Sohn zahlen. — **R. 36.** Wegen chronischer Krankheiten des Auges dienstunfähig. 3. Dienstunfähigkeit, herabkrant. 4. Zur Erweiterung der Landsturmpflicht bedarf der Zustimmung des Reichstages. — **G. R. 75.** 1. Herabkrant, landsturmpflichtig. 2. Es besteht kein Unterschied zwischen diesen Gruppen. 3. Wenn von der Militärbehörde die Sachen nicht geliefert werden, muß für die eigene Bekleidung Schadenersatz verlangt werden. 4. Wie der mobile Soldat. — **Kriegsvertrau.** Wenn der Hauswirt sich zu einem Mietsnachlaß von 5 M. verpflichtet hat, sind Sie nicht verpflichtet, mehr zu zahlen. — **R. P. 17.** Ein Schadenersatzanspruch erscheint uns sehr zweifelhaft, da Ihre Tochter von einem Verlobten nicht ganz freigesprochen ist. — **A. P. 3.** Nein.

— **W. 4.** Altersrente wird von 70 Jahren an gezahlt. Zur Beantragung, ob Sie Anspruch haben, müßten wir noch Ihr Geburtsdatum wissen. Es empfiehlt sich, in unsere Sprechstunde zu kommen. — **G. S. 777.** Da Sie von der Obererbschaftskommission für dauernd untauglich erklärt sind, wird Nachmutterung nicht mehr erfolgen. — **W. S.** Wenn Sie eingezogen sind, müßten Sie sich krank melden. Dann wird festgestellt werden, daß Sie an Epilepsie leiden. — **G. R. 17.** Wenn Sie selbst das Goldgeld einschmelzen, machen Sie sich freilich strafbar. Das Gold einzuliefern, müßte als Pflicht erachtet; Bestrafung kann deswegen nicht erfolgen. — **R. P. 89.** Sie sind als landsturmpflichtig erachtet. Sie haben Brandanlage und geringen Herzfehler. — **G. S. 12.** Das uneheliche Kind hat keinerlei Anspruch auf Rentenrente. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist beantragt worden, daß auch für uneheliche Kinder die Rente gezahlt werden soll. Eine Gesetzesbestimmung ist darüber noch nicht erlassen. — **A. R. 1.** und 2. Sie haben Anspruch auf die Gnadenabkündigung. Erbberichtig ist nur die Eltern. — **J. 114.** Wenn Sie den Beweis für Ihre Behauptungen nicht erbringen können, kann der Mann Sie wegen Beleidigung verklagen. Er war schließlich auch berechtigt, von Ihnen 10 M. zu verlangen, wohl nicht für Ihr Gehalt, sondern als Zehrgeld. — **W. 51.** Einen solchen Antrag auf Zahlung der Lösungserlöse fertigen wir Ihnen in der Sprechstunde aus. — **R. T. 111.** 1. Fragen Sie doch beim Krankenhaus selbst an. 2. Ja. 3. Das richtet sich nach Ihrem Verdienst und Ihren sonstigen pekuniären Verhältnissen. 4. Wenn Sie sich an die Armendeputation des Magistrats, 6. Dort erhalten Sie auch über die Kosten Auskunft. 6. Ja. 7. Das Testament muß nach erfolgtem Ableben beim Amtsgericht eingereicht werden. — **W. S. 35.** Wenn Sie als Pionier angelegt sind, haben Sie nach erfolgtem Ablauf der Reklamationsfrist natürlich mit Ihrer Einberufung zu rechnen. Wir würden Ihnen empfehlen, sogleich doch auf Ihrer jetzigen Arbeitsstelle zu bleiben. — **R. W. 1895.** Ja. — **C. H. 00.** Zurückgestellt auf drei Monate.

Die Zahl bedeutet: Verengung der Speiseröhre, dürfte aber kaum stimmen. Sie haben sich jedenfalls verbohrt. Sie werden also nachgemerkelt. — **W. S.** Wegen Plättchen und Verlust einer Zehe sind Sie zur Artillerie angelegt und sind nicht für die Infanterie tauglich erachtet. — **R. G. S.** Da Sie als zurzeit dienstunbrauchbar erachtet wurden, so können Sie noch eingezogen werden. — **W. H. 9.** Nein.

## Eingegangene Druckschriften.

Das Augustheft der von Dr. Alfred O. Fried herausgegebenen „Blätter für zwischenstaatliche Organisation“, wie sich die im XVII. Jahrgang erscheinende „Friedens-Warte“ jetzt heißt (Zürich, Ver. Institut Drei Böhlen), enthält folgende Aufsätze: Den Wortlaut der vom Vapst erlassenen Enzyklika „Die einzige Lösung“ von dem englischen Gelehrten James G. Dickinson. Betrachtungen Helmut von Delius über Bismarcks Stellungnahme zu Annetionen und einen Auslass des ungarischen Politikers Grafen Albert Apponyi über „Der große westliche Krieg“. Die Vorbereitung des künftigen Friedens. A. Ein positives deutsches Friedensprogramm (Aus der kritischen Denkschrift des Bundes „Neues Vaterland“ vom 20. Mai 1915). B. Entwurf eines internationalen Abkommens zur Vermeidung künftiger Kriege. (Ausgearbeitet von dem Ausschuss für internationale Abkommen der englischen Fabrik-Gesellschaft). — **A. O. Fried.** Der Wale der Friedensbereitschaft. — Prof. Kazas, Offener Brief an Herrn Walter Gottfried Traub in Dortmund. — Dr. F. Müller-Lyer, Soziologische Wendepunkte in der Geschichte des Krieges. — Dr. Otto Roeter, Nebr Kent! — Ein Jahrbuchert Friedensbewegung. — Den Schluß bilden Druckstücke aus dem Kriegstagebuch des Herausgebers und die Bibliographie.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag.** Jemlich kühl, im Westen zeitweise aufklarend; sonst noch überwiegend bewölkt und besonders im Osten öfter leichte Regenschauer und stürmische Gewitter.



**Unsere Marine**  
Beste 2 Pfg. Cigarette  
Trauterei Deutscher Fabrikat  
Georg A. Jarmatzki Aktiengesellschaft